Mittelstands Magazin

G 1480 2013

INFORMATIONEN UND FORUM FÜR MITTELSTAND, WIRTSCHAFT UND MANAGEMENT

UNTERNEHMEN

Preise senken

POLITIK

Niedersachsenwahl: Neues von ohne Umsatzverluste Schuss vor den Bug

WIRTSCHAFT

der CeBIT





Echte Profis sind unschlagbar. Auch beim Preis.Der Profi-Crafter ohne Sonderzahlung für Gewerbetreibende.

Machen Sie jeden Job zum Profieinsatz. Mit einer attraktiven Leasingrate von 239,- €¹, vielen optionalen Ausstattungspaketen, wie z. B. dem Fahrerhaus-Komfortpaket mit halbautomatischer Klimaanlage "Climatic" mit Staub- und Pollenfilter, und der optionalen Wartung & Verschleiß- Aktion von CarePort für nur 21,- €² im Monat. Und profitieren Sie als Innungsmitglied von attraktiven Sonderkonditionen³. Testen Sie den Profi-Crafter bei einer Probefahrt.





¹Dieses Angebot für gewerbliche Einzelabnehmer gilt bei allen teilnehmenden Händlern für den Crafter 30 Kastenwagen mit Aktions-Grundpaket, mittlerer Radstand, mit 2,0-l-TDI-Motor mit 80 kW (Kraftstoffverbrauch [1/100 km]: innerorts 10,6 bis 10,1/außerorts 7,9 bis 7,8/kombiniert 8,9 bis 8,6. CO₂-Emissionen [g/km]: kombiniert 234 bis 226) für eine Laufzeit von 48 Monaten und 10.000 km pro Jahr. Zzgl. Überführungskosten und MwSt., ohne Sonderzahlung. Entsprechende Bonität vorausgesetzt. Ein CarePort Angebot der Volkswagen Leasing GmbH, Gifhorner Straße 57, 38112 Braunschweig, in Zusammenarbeit mit Volkswagen Nutzfahrzeuge. Gültig bis 30.06.2013. ² Bei Abschluss der Wartung & Verschleiß-Aktion in Verbindung mit einem Leasingvertrag der Volkswagen Leasing GmbH. ³ Sonderkonditionen gelten für Branchen, mit denen ein Abkommen besteht. Kontaktieren Sie Ihren Volkswagen Nutzfahrzeuge Partner vor Ort, ob auch für Ihre Branche ein Abkommen getroffen wurde. Abbildung zeigt Sonderausstattung gegen Mehrpreis.

SUPERWAHLJAHR 2013 Leistung muss sich wieder lohnen

Politik wird in der Bundesrepublik dieses Jahr eine besonders hohe Aufmerksamkeit bei den Menschen genießen. Das Jahr hat mit Rücktritten, Regierungswechseln und der Suche nach einem neuen Papst bereits turbulent begonnen. Umso wichtiger ist es, sich auf Wesentliches zu konzentrieren. Das soll auch für dieses Editorial gelten.

"Leistung muss sich wieder lohnen" - man traut es sich kaum noch, diesen Satz auszusprechen. Nicht nur, dass Leistungsträger immer häufiger den Eindruck haben, mit Ihren Beiträgen zur Sozialversicherung und mit ihren Steuern die halbe Gesellschaft mit zu finanzieren, nein, man hat auch immer mehr den Eindruck, dass Spitzenleistungen nicht mehr gewollt sind. Eliteschulen und Elitehochschulen sind verpönt, "gemeinsamer Unterricht" bis zur 10. Klasse aber klingt kuschelig. Die linke Fahrspur auf der Autobahn ist meist verstopfter als die rechte, gemeinsam "einigt" man sich dann auf Tempo 80 auf allen Fahrstreifen. Bei Lohnverhandlungen gibt es inzwischen immer Einmalzuschläge für die unteren Lohnklassen, Managergehälter sollen aber staatlich gedeckelt werden. Nicht dass ich falsch verstanden werde, mir geht es nicht darum, Eliteabsolventen mit hohen Gehältern auf die Überholspur zu schicken. Vielmehr muss

endlich einmal wieder festgestellt werden, dass gesellschaftliche der Mittelstand unseren Staat am Leben erhält und diese Leistung nicht ausreichend gewürdigt wird. Die Pläne der SPD von Spitzensteuersatz bis Bürgergeld zeigen, in welche Richtung der Zug fährt. In Frankreich kann man sehen, was eine sozialistische Regierung so alles anrichten kann. Der französische Schauspieler Gérard Depardieu ist wegen der Steuerpolitik seiner Regierung inzwischen russischer Staatsbürger geworden hoffentlich kein Modell für Deutschland und für unseren Mittelstand!

"Alles dreht sich nur noch ums Geld!" - tja, den Eindruck kann man leider manchmal bekommen. Mir geht es dabei aber nicht um Finanzmärkte oder Hartz IV, sondern um die politische Kultur in Deutschland. Es gibt nicht genug Kinder - also führen wir doch mal finanzpolitische Steuerungsinstrumente ein. Mal sehen, ob es dadurch mehr werden. Die Menschen verhalten sich nicht umweltgerecht - schwups werden neue Steuern und Gebühren eingeführt. Die Menschen sorgen nicht genug fürs Alter vor - schon werden neue Förderprogramme geschaffen oder die Lebensleistungsrente erfunden. Egal welches Politikfeld man sich ansieht. es geht nur noch ums Geld (und dann meistens noch um die Umverteilung desselben). Welches Menschenbild steckt hinter diesem Politikstil? Ein Bild von unmündigen Bürgern, die erst vom allwissenden und fürsorgenden Staat auf den richtigen Pfad gebracht werden müssen. Aber sollte dies auch unser Verständnis von Staat und Bürgern sein? Sicherlich nicht - aber die anstehenden Wahlen

werden zeigen, welches Verständnis sich durchsetzt. Die eigene Mutterpartei werden wir dabei sicherlich besonders gut im Auge behalten müssen (siehe auch Seite 4 und 8 bis 10).

diesem Sinne wünsche ich ein gutes und erfolgreiches Superwahljahr 2013 und uns allen wirtschaftlichen und politischen Erfolg!



Frank Gotthardt ist stellv. Bundesvorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU





DIE NEIDDEBATTE KEHRT ZURÜCK

Diese Karikatur, die wir im Oktober 2006 in diesem Magazin abgedruckt haben, hat an Aktualität nichts verloren. Bei Rot und Grün sind erneut Steuererhöhungspläne aufgetaucht, die Vermögensteuer soll wiederkommen, das Erbrecht verändert werden – alles unter dem Stichwort "Gerechtigkeit". Auch in der Union häufen sich die Stimmen derer, die das Terrain nicht allein den Linken überlassen wollen: "Es soll gerecht zugehen", heißt es oder man sagt, man müsse von seinem Einkommen auch leben können.

Je näher der Tag der Bundestagswahl (22. September) rückt, umso lauter werden die üblichen Verdächtigen unter den Verteilungspolitikern sich zu Wort melden. Die Neiddebatte kehrt zurück.

Davon, dass sich Leistung wieder lohnen soll, spricht zurzeit kaum jemand...

G.K.

ABLASSHÄNDLER, ÖKO-PHILISTER UND GARTENZWERGE

Wenn die Natur zur Ersatzreligion wird

Von Günter F. Kohl

Der in Berlin lebende junge Autor Dr. Andreas Möller (38) bietet tiefe Einblicke in die kulturellen Ursachen des deutschen Umweltbewusstseins. Er benennt schonungslos und kurzweilig mit vielen treffenden wie verblüffenden Beispielen die Gründe und Widersprüche der neuen Sehnsucht nach Natur und Ländlichkeit: Angst vor Veränderung und den Gefahren der Technik, ein tiefes Bedürfnis nach "Entschleunigung" und ein Schuss Nostalgie.

Sein Fazit: "Das grüne Lebensgefühl, das einmal für Aufbruch stand, ist zum Motto einer neuen Bürgerlichkeit geworden. In ihr geht es um soziale Abgrenzung, auch die Entlastung des eigenen Gewissens – nicht aber um Natur. Diese ist längst zur Metapher geworden für Werte, die wir zunehmend vermissen: Kontinuität, Vertrautheit, Sicherheit."

Stunde der Heuchler

schildert Möller anschaulich. die Menschen in Baden-Württemberg Iahrzehnten seit mit ihren Edel-Autoschmieden, deren Produkte vorwiegend nach Russland China, und Indien verkauft werden. hervorragend leben. Die Grünen erreichten

zwar in Freiburg bis zu 70 Prozent der Wählerstimmen, sie stellen mittlerweile den Ministerpräsidenten und den Stuttgarter OB, doch Windräder gab und gibt es kaum, die Hälfte des Stroms kam aus Kernkraft, ein Viertel aus Steinkohle, der Rest wurde importiert. Wahrscheinlich lieferten ihn französische Kernkraftwerke – die "Stunde der Heuchler"?

Die Liste der Widersprüchlichkeiten setzt sich fort mit dem Widerstand gegen die Nachtflugerlaubnis für den Frankfurter Flughafen, den Stuttgarter Bahnhof, eine dritte Landebahn für den Münchener Flughafen und die Vertiefung der Elbe. Statt der Sorge um die bedrohte Konkurrenzfähigkeit unserer Wirtschaft treibt viele Menschen die Angst vor den negativen Folgen für den Obstbau im Alten Land bei Hamburg um, wenn nach der Vertiefung noch größere Containerfrachter die Elbe befahren.

Moderner Ablasshandel

"Von der Mahnerin ist die

Umweltbewegung unfreiwillig zur

Wegbereiterin eines Wandels der

Gesellschaft hin zur Illusion der

Risikovermeidung und Unversehrt-

heit in allen Feldern des Lebens

geworden, der etwas Biedermeier-

liches, ja Philiströses anhaftet. Das

Gespräch über Natur lebt immer

mehr vom Glauben an die Planbar-

keit des Guten und der Unbedingt-

heit der eigenen Weltsicht".

Wachstum wird verteufelt und durch Heilsbegriffe wie "Nachhaltigkeit" "Akzeptanz" und "globale Verantwortung" ersetzt. Möller in seinem Buch: "Niemand, der etwas mehr

für Porree und Karotten zahlt, Öko-Strom bestellt, seinen Müll trennt und Wald-Aktien kauft. muss Komfortabstriche in Kauf nehmen. ... Ein solcher Lifestyle ist, flapsig gesagt, eine Fortsetzung des Ablasshandels anderen Mitteln."

Der Autor schreibt von einer Hebamme, die zwar alles über Kräuter wie Walnussblätter, Tausendgüldenkraut, Vogelknöterich, Augentrost und Seifenrinde weiß, nichts aber über die Konsequenzen einer Steißlage des Kindes oder eine vor den Muttermund verschobene Plazenta bei der Geburt. Auf einem Spielplatz in Prenzlauer Berg hat er zwei Mütter beobachtet, die ihren gestürzten Kindern nicht zum Trost über den Kopf strichen, sondern ihnen eilig Arnika-Globuli in den Mund steckten.

Autor Möller zitiert den ZEIT-Journalisten Henning Sußebach, der 2007 den Begriff des "Bionade-Biedermeiers" prägte und schrieb: "Man glaubt, anders zu sein, cooler, offener, unabhängiger, lebt aber in Wahrheit genauso spießig wie die eigenen Eltern, die häufig nicht aus Großstädten kommen. Der Öko-Philister hat einen anderen Lifestyle, kann und will sich das Gute leisten, die Intoleranz und das Sendungsbewusstsein der Ordnungsfanatiker und Gartenzwergbesitzer sind jedoch geblieben."



Das grüne Gewissen Geb., 260 S., 17,90 Euro Carl Hanser Verlag ISBN 978-3-446-43224-6









POLITIK

Editorial 3

Frank Gotthardt, stellv. MIT-Bundesvorsitzender, ist dafür, dass sich Leistung wieder lohnen und Schluss sein sollte mit Umverteilung

Das grüne Gewissen

- wenn die Natur zur Ersatzreligion wird – ist ein jüngst erschienenes Buch betitelt, in dem der Autor mit Ablasshändlern, Öko-Philistern und Gartenzwergen abrechnet

Ein Schuss vor den Bug

Nicht zuletzt die Wahl in Niedersachsen am 20. lanuar hat gezeigt. dass das Rennen für die Bundestagswahl relativ offen ist. Die Union hat nur eine Chance, wenn sie sich mit allen ihren Strömungen präsentiert und nicht nur nach links schielt

10 Gestalten statt verteilen

Zur Bundestagswahl wird sich die Mindestlohndebatte zuspitzen. Wird die Union der Versuchung widerstehen, noch weiter auf die SPD zuzugehen oder auch diese Bastion zu räumen?

UNTERNEHMEN

Ohne private und betriebliche Vorsorge geht es nicht

Wichtige Hinweise für die Altersversorgung, beleuchtet unter verschiedenen Aspekten

16 Neues von der CeBIT

Anfang März startet wieder die weltgrößte IT-Messe in Hannover. Wir picken ein paar nützliche Neuerungen in Sachen Soft- und Hardware heraus

19 Der Gehaltszettel kommt aus der Cloud

Neuerungen von der Nürnberger **DATEV**

20 Das ändert sich im neuen Jahr

Vor allem Mittelständler sind wie alljährlich – von zahlreichen Änderungen und Veränderungen in den verschiedenen Bereichen der Gesetzgebung betroffen

23 Vier Wege, Preise zu reduzieren

Und dies auch noch ohne Umsatzverluste, indem man sich durch Extraleistungen von anderen unterscheidet und neue Kunden gewinnt

SERVICE

25 AUTO-Test

Für Sie gefahren: BMW 750d xDrive, ein ungewöhnliches Auto

26 Unsere Bücherseite

Für Sie gelesen

27 Aktuelle Urteile

Für Sie studiert und analysiert

MIT-/ MU-INSIDE

- 29 Berichte aus den Regionalverbänden
- 33 Namen sind Nachrichten
- 34 Baustelle Berlin
- 34 Impressum







Bilderrätsel zur Bundestagswahl am 22. September: Nach Schwarz-Gelb sieht es derzeit nicht aus, eher nach diesen Varianten (von links): große Koalition, dann aber

NIEDERSACHSEN-WAHL EIN SCHUSS VOR DEN BUG DER CDU

Von Otto Bernhardt

Die 17. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages endet praktisch am 28. Juni. An diesem Tag geht der Deutsche Bundestag in die Sommerferien. Bis auf eine Sondersitzung wird das Parlament dann vor der Bundestagswahl vom 22. September überhaupt nicht mehr zusammentreten. Bis zur Sommerpause bleiben nur noch acht Sitzungswochen. Dies reicht mit Sicherheit nicht aus, um noch ein neues größeres Gesetz bis zur Verabschiedung zu bringen.

Das Schwergewicht der politischen Arbeit verlagert sich zunehmend auf die Erarbeitung der Wahlprogramme, die gern auch "Regierungsprogramme" genannt werden. Im Mittelpunkt dieser Programme dürften im Wesentlichen zwei Themen stehen:

- 1. Die weitere Verstärkung der staatlichen Aufsicht über die Kapitalmärkte, verbunden mit einer Verbesserung des Verbraucherschutzes ("Die Finanzmärkte bändigen...") und
- 2. mehr soziale Gerechtigkeit schaffen, was immer das konkret heißt. Dahinter verbergen sich insbesondere Pläne zur Erhöhung des Spitzensteuersatzes, der

Erbschaftssteuer und die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer bzw. einer Vermögensabgabe. Parallel dazu geht es um eine Erhöhung von Hartz IV und der Mindestrenten und um die Einführung von Mindestlöhnen, in welcher Form auch immer.

Nicht zuletzt die Wahl in Niedersachsen am 20. Januar hat gezeigt, dass das Rennen für die Bundestagswahl relativ offen ist.

Folgende Konstellationen sind denkbar:

- 1. Wenn es für Schwarz-Gelb reicht, wird es mit Sicherheit zu einer Wiederauflage der CDU/CSU/FDP-Koalition kommen.
- 2. Wenn es für Rot-Grün reicht (das gemeinsame Wahlziel von SPD und Grünen), wird es mit Sicherheit zu einer SPD-Grünen-Koalition kommen.
- 3. Wenn es weder für Union und FDP. noch für SPD und Grüne reicht wofür zurzeit Einiges spricht - wird es nicht automatisch, wie viele glauben und kommentieren, zu einer großen Koalition aus CDU/ CSU und SPD kommen. Sollte bei einer solchen Konstellation die FDP in den Bundestag kommen und es dennoch für Schwarz-Gelb nicht

reichen, spricht alles dafür, dass es zu einer sogenannten "Ampelkoalition" von SPD, FDP und Grünen kommt. Für die SPD wäre es der einzige Weg, den Kanzler zu stellen, für die Grünen die einzige Möglichkeit, nach achtjähriger Unterbrechung wieder mit zu regieren und die FDP die einzige Chance, weiter mit zu regieren.

Eine solche Ampelkoalition ist deutlich wahrscheinlicher, falls rechnerisch möglich, als die immer wieder diskutierte Konstellation SPD/Grüne und Linke. Solange Oskar Lafontaine führend in der Linkspartei tätig ist, dürften die Sozialdemokraten nicht zu einer Koalition mit den Linken bereit sein.

Niedersachsenwahl als Warnung

Die Landtagswahl in Niedersachsen am 20. Januar hat wieder deutlich die Grenzen der Demoskopie gezeigt. Während in fast allen Meinungsumfragen der letzten Wochen und Monate vor der Wahl die FDP in Niedersachsen um die fünf Prozent und die CDU bei gut 40 Prozent lagen, erhielt die FDP mit 9,9 Prozent fast doppelt so viele Stimmen wie vorausgesagt und die Union lag mit 36 Prozent zehn Prozent unter den Prognosen. Der





wohl ohne Steinbrück, für Rot-Grün wird es wohl nicht langen, aber Rot-Grün und Gelb könnten es schaffen

Hauptgrund dürfte darin liegen, dass viele Unionswähler ihre Erststimme der CDU und ihre Zweitstimme der FDP gegeben haben. Die Lehre daraus dürfte sein, dass, wenn es kritisch für die FDP wird, es offensichtlich genug Unionswähler gibt, die der FDP den Wiedereinzug in das Parlament ermöglichen. Wenn dies auch bei der Bundestagswahl geschieht, wird es für die Union äußerst kritisch.

Folgende Aspekte der niedersächsischen Landtagswahl scheinen im Hinblick auf die Bundestagswahl 2013 interessant und wichtig:

- Die Linken, die inzwischen in fast allen alten Bundesländern an der 5-Prozent-Klausel gescheitert sind, werden wegen ihres hohen Wähleranteils im Osten aber mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit wieder im nächsten Bundestag vertreten sein. Alles spricht also dafür, dass im nächsten Bundestag wiederum fünf Fraktionen vertreten sind. Dadurch wird die Mehrheitsbildung für Rot-Grün deutlich schwerer.
- 2. Es ist eine alte Erfahrung, dass bei Landtagswahlen in der Regel die Parteien, die im Bund regieren, Stimmenverluste zu verzeichnen haben und die Oppositionsparteien im Bund Stimmengewinne. Nach den für Union und FDP erfolgreichen Bundestagswahlen im September 2009 hat dies dazu geführt, dass die Berliner Regierungsparteien in allen

- zwölf Landtagswahlen danach, wenn man ihre Ergebnisse zusammen zählt, Stimmenverluste hinnehmen mussten. Nun haben SPD und Grüne erstmalig seit 1999 wieder eine absolute Mehrheit im Bundesrat hat, wenn auch nur mit der Linken in Brandenburg.
- 3. Aus den ehemals zehn unionsgeführten Ländern sind mittlerweile nur noch drei mit einer schwarz-gelben Landesregierung übrig geblieben (Bayern, Hessen und Sachsen). Die Wähler haben Schwarz-Gelb landauf, landab abgewählt, eine Leihstimmen-Kampagne wie in Niedersachsen hatte für die Union zudem fatale Folgen.



Otto Bernhardt war CDU-MdB und finanzpolitischer Sprecher der Unionsfraktion. Er lebt in Berlin und arbeitet als Politik- und Finanzberater

DIE CDU MUSS WIEDER FÜR ALLE WÄHLBAR WERDEN

Angesichts der Wahlergebnisse für die Union bei den zurückliegenden Landtagsund Kommunalwahlen kann es ein "Weiter so" mit Blick auf Profil, Öffentlichkeitsarbeit und Kursbestimmung nicht geben. Die Wahlergebnisse sind ein wesentliches Indiz dafür, dass die Wähler das Vertrauen in die große Volkspartei Union verlieren. Nur über eine verlässliche und glaubwürdige Politik kann dieses Vertrauen zurückgewonnen werden.

Und dies muss gelingen, denn für dieses Land ist die Union als Volkspartei zukunftsentscheidend. Die Union stand seit jeher für die Übernahme von Verantwortung auf der Basis von festen, ordnungspolitischen Grundwerten und einer dem Gesamtwohl dienenden und Interessen ausgleichenden Politik. Ohne die Union würden die gesellschaftliche Mitte und die Leistungsträger dieses Landes ins politische Abseits rücken. Es ist an der Zeit, dass die Union zu ihrer alten Stärke zurückfindet.

FORDERUNGEN DER MIT

Die Union muss zurückkehren zu einer Volkspartei mit prägnanten Botschaften, einem klaren Profil und einer verlässlichen Politik im Interesse der gesellschaftlichen Mitte. Dazu gehört an die Führungsspitze der Union eine Mannschaft mit kompetenten Köpfen, die alle Strömungen der Partei glaubwürdig repräsentiert.

Sofern die Führungsspitze der Union die Änderung von Grundsatzpositionen der Partei erwägt, muss die Parteibasis in einen breiten öffentlichen Diskurs einbezogen werden, und zwar bevor die Abkehr von Grundsatzpositionen öffentlich verkündet oder vollendete Tatsachen geschaffen wurden.

Allein die Erörterung einer Abkehr von grundlegenden Positionen durch die Parteispitze stellt keine ausreichende Legitimationsbasis dar. Die Union muss für eine verlässliche Politik stehen. Sie muss sich an Vereinbarungen aus Koalitionsverträgen mit ihren Koalitionspartnern in Bund und Ländern halten und auf eine erfolgreiche Umsetzung drängen.

Beschluss des MIT-Bundeskongresses 2012

Verteilen statt gestalten? MINDESTLOHN ZUR ARMUTSBEKÄMPFUNG DENKBAR UNGEEIGNET

Beflügelt durch den Regierungswechsel in Niedersachsen, will die SPD über den Bundesrat einen allgemeinverbindlichen Mindestlohn durchsetzen. Da bestimmte Kreise in der Union (wie z. B. die saarländische Ministerpräsidentin) sich schon länger mit diesem Gedanken anfreunden, auch um der SPD ein wichtiges Wahlkampfthema wegzunehmen, ist die Gefahr akut. Damit würde das Profil der Union weiter schwinden und der marktwirtschaftliche Gedanke, dass sich Leistung wieder lohnen müsse durch den planwirtschaftlichen "Mehr Gerechtigkeit schaffen" ersetzt. Was für die Union dann noch bleibt zur endgültigen Vorbereitung der großen Koalition sind die Wiedereinführung der Vermögensteuer, die Erhöhung des Spitzensteuersatzes, die Preisgabe der Haushaltskonsolidierung und die Vergemeinschaftung der EU-Schulden. Wachsamkeit ist angesagt.

Doch zunächst der Mindestlohn, der in der Union in einer Light-Variante als "Lohnuntergrenze" durch die Programme geistert. Auf den ersten Blick würden von einem generellen Mindestlohn viele Arbeitnehmer profitieren: Bei den von Sozialdemokraten und DGB geforderten 8,50 Euro je Stunde hätten 19 Prozent der Beschäftigten mehr Geld in der Tasche. Ein Mindestlohn von 7,50 Euro würde immerhin 14 Prozent begünstigen.

Ob ein gesetzlicher Mindestlohn sinnvoll wäre, darf aus zwei Gründen bezweifelt werden:

1. Der geforderte Mindestlohnsatz ist zu hoch

Eine starre Lohnuntergrenze führt nur dann nicht zu größeren Jobverlusten, wenn sich die betroffenen Arbeitsplätze für die Unternehmen auch zum höheren Lohn noch rechnen. Ob dies jedoch bei einem Mindestlohn von 8,50 Euro der Fall wäre, ist fraglich. Denn das wären immerhin 53 Prozent des durchschnittlichen Bruttostundenlohns eines Vollzeitbeschäftigten. Das ist ein hoher Wert.

In Frankreich zum Beispiel beträgt der Mindestlohnsatz 48 Prozent des Durchschnittslohns; zudem federt die Regierung die negativen Wirkungen auf den Arbeitsmarkt durch großzügige Lohnsubventionen an die Betriebe ab. In Großbritannien liegt der 1999 eingeführte gesetzliche Mindestlohn nur bei 38 Prozent des durchschnittlichen

Entgelts – und hat deshalb auch kaum zu Jobverlusten geführt.

2. Der Mindestlohn kann Armut nicht effizient bekämpfen

Als Argument für einen gesetzlichen Mindestlohn ist immer wieder zu hören, dass er helfe, "Armut trotz Arbeit" zu verhindern. Tatsächlich aber lebt zum Beispiel fast die Hälfte all derjenigen Arbeitnehmer, die weniger als 8,50 Euro je Stunde ver-

dienen, mit einem Partner zusammen, der ein höheres Einkommen bezieht.

Im Jahr 2011 waren nur 18 Prozent aller Beschäftigten mit einem Stundenlohn von maximal 8,50 Euro einkommensarm, verdienten also weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens. Von den Vollzeitbeschäftigten mit einem Stundenlohn von höchstens 8,50 Euro fielen sogar nur 14 Prozent unter diese Armutsschwelle.

Dies bedeutet umgekehrt, dass ein

Mindestlohn von 8,50 Euro sehr häufig Personen begünstigen würde, die auf eine solche Unterstützung gar nicht angewiesen sind. Wenn sich diese Arbeitsplätze allerdings nicht mehr rentieren und die Beschäftigten deshalb entlassen würden, wären die Folgen gravierend. Denn von den Arbeitslosen sind fast viermal so viele einkommensarm wie von den Geringverdienern. Besonders problematisch wäre ein Mindestlohn wohl für Jugendliche. Verhindert ein zu hoher Mindestlohn deren Berufseinstieg, ist dem Nachwuchs der Weg nach oben von vornherein verbaut.

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Bearbeitet von Günter Kohl

Mindestlohn und Arbeitsmarkt

So viel Prozent der abhängig Beschäftigten hatten 2011 einen Bruttostundenkohn von musikual

7,49 Euro = 4,49 Euro, würden also unter eine Mindestlohn-Regelung fallen



MIT lehnt Mindestlohn ab

Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung lehnt einen flächendeckenden Mindestlohn ab. Die Folgen der Einführung wären steigende Langzeitarbeitslosigkeit und eine florierende Schattenwirtschaft. Mit Mindestlöhnen würde der Niedriglohnsektor weiter zurückgedrängt, wovon insbesondere Gering qualifizierte betroffen wären.

Beschluss der MIT



Ein integriertes ERP-System schafft Übersicht.

Effizienter wirtschaften mit einer integrierten ERP-Lösung

IT FÜR ALLE FÄLLE

Wenn Firmen wachsen, ihre ersten Niederlassungen gründen oder neue gesetzliche Regelungen beachten müssen, sollten sie ihr IT-System detailliert prüfen: Kann es die gestiegenen Anforderungen noch erfüllen?

Einkauf, Buchhaltung, Kundenservice, Lohnabrechnung: Viele Unternehmer nutzen für jeden Geschäftsprozess eine einzelne Anwendung. Der Verwaltungsaufwand ist hoch, Informationen fließen langsam und es mangelt an Flexibilität. Anfallende Wartungsarbeiten können teuer werden.

Flexible IT-Landschaft

Immer mehr kleine und mittlere Unternehmen setzen deshalb auf integrierte Geschäftslösungen. Damit lassen sich Schnittstellen zu Partnern und Auftraggebern einrichten, Kundendaten umfassend verwalten und Berichte erstellen. "ERP-Lösungen spielen eine entscheidende Rolle", sagt Christian Ecks, Leiter Channel Management für SAP Business One in Deutschland. "Sie schaffen durchgängige Abläufe und Transparenz vom Auftragseingang bis zur Rechnungsstellung und

dem Kundendienst. Das ist besonders wichtig für kleine und mittlere Firmen, die flexibel auf aktuelle Marktentwicklungen reagieren müssen."

Weniger Aufwand

Ein ERP-System sorgt für verlässliche Informationen: Manuelle Eingaben und das Risiko doppelter Datensätze sinken spürbar. Anwender können alle relevanten Funktionen auf einer einzigen Plattform ausführen. "Der größte Vorteil einer integrierten ERP-Lösung: Sie erleichtert den Geschäftsalltag enorm. Alle Daten sind zentral verfügbar, viele aufwendige Büroarbeiten entfallen", sagt Manfred Prager, Geschäftsführer von SAP-Partner CONPLUS und Spezialist für SAP Business One.

Gut beraten

Professionelle Anbieter unterstützen Firmen bei der Einführung der Software. SAP vertreibt SAP Business One fast ausschließlich über kleine und mittlere Partnerunternehmen, die auf einzelne Branchen spezialisiert sind und die Lösung beim Kunden vor Ort individuell anpassen. Wie CONPLUS: "Bevor wir eine Lösung einführen, ermitteln wir gemeinsam mit dem Kunden detailliert den Bedarf und legen die Projektziele fest", sagt Geschäftsführer Manfred Prager.

Basis für das Unternehmenswachstum

Mehr als 42.000 kleine und mittlere Unternehmen setzen SAP Business One bereits ein. Eine zukunftssichere Investition, denn die Software lässt sich flexibel erweitern und unterstützt immer die neuesten Technologien. So können Mitarbeiter die Lösung auch über iPad, iPhone und Laptop nutzen oder ihre Analysen mit der innovativen Datenbanktechnologie SAP HANA auf Echtzeit beschleunigen. Die Software ist auch als komplette Cloud-Lösung verfügbar.

"Der größte Vorteil einer einfach zu bedienenden, integrierten ERP-Lösung: Sie erleichtert den Geschäftsalltag enorm. Alle Daten sind zentral verfügbar, viele aufwendige Büroarbeiten entfallen."

Manfred Prager, Geschäftsführer des SAP-Partners CONPLUS

FÜR EINHEITLICHE PROZESSE: SAP BUSINESS ONE

Mit SAP Business One verknüpfen kleine und mittlere Unternehmen ihre Geschäftsbereiche. Auf diese Weise steuern sie sämtliche Arbeitsprozesse zentral, erstellen präzise Berichte und halten gesetzliche Regelungen sicher ein. Kunden, Partner, Lieferanten und Mutterkonzerne lassen sich einfach anbinden. SAP Business One kann vor Ort installiert oder über das Internet genutzt werden. Weitere Informationen unter www.sap.de/einfach.

181 DO-IT-YOUR

Der professionelle Internet-Auftritt zum Selbermachen. Die ideale Lösung für Ihre Firma!





SELF HOMEPAGE



preumketungs som es: 140 3602 961373

Aktuelle Projekte

Auch mobil präsent:

Automatisch für Smartphone-Darstellung optimiert.



Viele Besucher:

Gute Platzierung in Suchmaschinen durch professionelle Suchmaschinen-Optimierung (SEO). Und einfache Verlinkung mit anderen Websites wie Facebook, Twitter oder YouTube...





Neue Internet-Adresse wählen oder vorhandene Domain einfach umziehen.

30 TAGE KOSTENLOS TESTEN!

Danach ab 9,99 €/Monat zzgl. MwSt.*

Jetzt informieren und bestellen:



181 02 / 96 91

1und1.de



Um den Lebensstandard im Alter zu halten, ist heute private Vorsorge mehr denn je angesagt

OHNE PRIVATE UND BETRIEBLICHE **VORSORGE GEHT ES NICHT**

Interview mit Christian Schoof. selbstständiger Finanzspezialist für AWD/ Swiss Life Select

Den eigenen Lebensstandard im Alter zu halten, ist heute mehr denn je Ziel eines jeden. Die öffentliche Diskussion dreht sich dabei im Kern um die Frage, in welcher Form die effektive Absicherung gestaltet werden kann. Seit der Forderung von Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen nach einer Zuschussrente für Geringverdiener ist die politische Debatte über das Thema neu entbrannt und die Meinungen gespalten. Die Betroffenen dagegen sind häufig verunsichert und wissen nicht, welches der verschiedenen Vorsorgemodelle ihrer individuellen Situation entspricht. Christian Schoof, lizensierter Finanz- und Vorsorgespezialist und selbstständiger Unternehmer in Direktorenfunktion für AWD - künftig Swiss Life Select - stellt sich unseren Fragen zum Thema.

Die Forderung der Politik an die Bürger, generell private Vorsorge für den eigenen Ruhestand zu treffen, basiert auf der allgemein akzeptierten Erkenntnis, dass staatliche Mittel allein nicht zur Finanzierung eines angemessenen Lebensstandards im Alter ausreichen. Was raten Sie Ihren Kunden?

Christian Schoof: Die Forderung nach einer privaten Vorsorge für den Ruhestand ist schon aufgrund der demografischen Entwicklung unserer Gesellschaft logisch nachvollziehbar: Ziel ist, den eigenen Lebensstandard möglichst lebenslang zu halten. Die Frage, mit welchen Produktlösungen dieses Ziel am effektivsten realisierbar ist, hängt immer vom Einzelfall ab. Deshalb ist es zunächst wichtig, einen neutralen Überblick über die individuelle Kundensituation zu gewinnen. Dazu zählt einerseits eine umfassende Bestandsanalyse inklusive der Klärung einer möglichen Über- oder auch Unterversicherung des Kunden, andererseits die Ermittlung seiner ganz persönlichen Sparziele und die sich daraus ergebende Identifikation geeigneter Anlagesegmente und sinnvoller Produktlösungen. Erst danach können individuelle Empfehlungen abgeleitet werden. Eine breit diversifizierte Auswahl bieten wir unseren Kunden dabei mit einem Angebot an Produkten von rund 150 renommierten Partnergesellschaften.

Wie häufig erleben Sie, dass Kunden bereits bestimmte Produktlösungen vor Augen haben? Wie erfolgt in solchen Fällen Ihre Beratung?

Schoof: Selbstverständlich gibt es Kunden, die konkrete Vorstellungen haben, weil sie sich mit diesen Themen auseinandersetzen – ob aus beruflichem oder privatem Interesse. Doch auch in diesen Fällen ist ein Aspekt sehr wichtig: Kaum ein anderes Vorsorgesegment ist so komplex wie die Altersvorsorge und die vielfältige Produktwelt ohne Fachqualifikation äußerst unübersichtlich. Deshalb arbeiten wir in diesem zentralen Vorsorgebereich mit der Risikoklassifizierung - in der Branche bislang im Allgemeinen nur in der Kapitalanlageberatung angewandt. Die Risikoklassifizierung, welche Kunden in verschiedene Kategorien entsprechend ihrer Risikoneigung typisiert, stellt einem bestimmten Kundenprofil passende Produktlösungen gegenüber. Diese werden im Rahmen einer branchenweiten Initiative für mehr Transparenz in der Altersvorsorgeberatung nach der Chance-Risiko-Profilierung ermittelt (MM2-Volatium). Denn auch, wenn ein Kunde konkrete Produktvorstellungen mitbringt, ist die Risikoklassifizierung hilfreich, um herauszufinden, ob das gewünschte Produkt tatsächlich der Risikoneigung des Kunden entspricht.

Gibt es Produkte, mit denen Kunden immer gut beraten sind? Wie sieht es mit breitentauglichen Produkten wie Riester oder betrieblicher Altersvorsorge (bAV) aus?

Schoof: Grundsätzlich sind staatlich bzw. durch Arbeitgeber geförderte Produkte interessant für jeden Kunden. Denn diese Modelle können sowohl eine sinnvolle Ergänzung im Portfolio als auch eine solide Grundvorsorge sein. Leider ist gerade die bAV in Deutschland noch nicht weit verbreitet - das ist schade, denn Mitarbeiter wie Unternehmen profitieren gleichermaßen von dieser attraktiven Vorsorgeform. Riester- und bAV-Modelle sind jedoch sehr komplex. Deshalb ist eine qualifizierte Beratung grundsätzlich empfehlenswert, um aus dem Spektrum

der Anlagemöglichkeiten die passenden Produkte für den individuellen Kundenbedarf ermitteln zu können. Ich empfehle zusätzlich immer auch die Absicherung biometrischer Risiken, beispielsweise über Berufsunfähigkeits- (BU) oder betriebliche Krankenzusatzversicherungen. Denn die Anforderungen der modernen Arbeitswelt bringen für jeden potenzielle Risiken mit sich und der unvorhergesehene Verlust der eigenen Arbeitsfähigkeit kann existenzielle Folgen haben. Diese sehr speziellen Produktlösungen sind über eine anbieterunabhängige Auswahl und eine sehr breite Produktpalette möglich. Allein im Bereich BU haben wir beispielsweise über 40 verschiedene hochwertige Tarife von 20 Gesellschaften im Portfolio.

Sie sagen, die betriebliche Altersvorsorge sei interessant für Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Welche Aspekte meinen Sie konkret?

Schoof: Ein Aspekt von besonderem Interesse für kleinere und mittelständische



Christian Schoof ist selbstständig als lizensierter Finanz- und Vorsorgespezialist

Unternehmen ist die Bindung qualifizierter Fachkräfte über das Angebot einer bAV-Lösung. Die Beitragszahlungen können Unternehmen dabei als Betriebsausgaben geltend machen. Für Arbeitnehmer wiederum ist diese Vorsorgeform eine gute Möglichkeit, mit geringem Eigenaufwand effektiv höhere Sparsummen zu erzielen, denn die Beitragszahlungen gehen vom Bruttogehalt ab. Diese durch den Arbeitgeber geförderte Vorsorge dient Arbeitnehmern allein zur Versorgung im Alter - vorausgesetzt, sie sind Pflichtmitglieder der gesetzlichen Rentenversicherung.

Wie erklären Sie sich, dass die von Ihnen als attraktiv beschriebenen Produkte bisher wenig genutzt bzw. vielfach kritisiert werden?

Schoof: Beide angeführten Beispiele haben nicht nur gemein, dass sie staatliche Förderung nutzen, sondern bieten jeweils auch eine Reihe an unterschiedlichen Anlagemodellen. Insofern ist die Komplexität der Produkte ein häufiger Kritikpunkt. Die Riester-Rente beinhaltet von der klassischen privaten Rentenversicherung über einen Fondssparplan bis hin zum Bausparvertrag verschiedene Optionen. Auch in der bAV sind fünf verschiedene Durchführungswege möglich, darunter beispielsweise Direktversicherung, Direktzusage oder Pensionsfonds. Hier muss ein Berater neben einer guten Grundqualifikation schon sehr tiefe Fachkenntnisse mitbringen, um seinen Kunden effektiv beraten und sinnvolle Empfehlungen aussprechen zu können.



Gesalmtaunierung. 00.000 km. Ein Angebot der Toyota Leasing GmbH, Toyota-Allee 5, 50858 Köln, für gewerbliche Kunden, ab einem Fahrzeug im Bestand. Nur bei teilnehmenden Toyota Vertragshändlern. Gilt bei Anfrage und Genehmigung bis zum 30.04.2013. Auf der Basis der unverbindlichen Preisempfehlung der Toyota Deutschland GmbH per Januar 2013 exkl. MwSt., zzgl. Überführung und Zulassung. Individuelle Preise und Leasingangebote bei den teilnehmenden Toyota Händlern.



Die CeBIT, weltgrößte IT-Messe, findet vom 5.-9. März in Hannover statt

Von Silke Becker

Es ist wieder soweit: Vom 5. bis 9. März trifft sich die IT-Branche auf der CeBit in Hannover. Das Leitthema in diesem Jahr heißt "Shareconomy", also das gemeinsame Nutzen von Ressourcen, Wissen oder Kontakten. Partnerland ist Polen.

Warum teuer kaufen, was man sowieso nur selten benötigt? Intelligente Nutzungssyteme sorgen dafür, dass die dazu nötige Kommunikation einfach, sicher und bequem funktioniert - wie beispielsweise beim Auto (Carsharing), Musik (Musikportale) oder bei Software (SaaS-, PaaS und IaaS-Systeme). Geteilt wird natürlich auch Wissen, etwa in Blogs, Wikis & Co. Genau diese vielfältigen

Phänomene werden unter dem Begriff der "Shareconomy" zusammengefasst - nutzen statt besitzen ist das zentrale Moment. Positive Nebeneffekte: Weniger Produktion, weniger Abfall, weniger Umweltbelastungen bei gleichem Wohlstandsniveau. Geld wird dann nicht mehr mit dem Verkauf des eigentlichen Produkts, sondern mit dem Service drumherum verdient. Ob und inwieweit sich hier tatsächlich grundlegend neue Konsumstrukturen etablieren werden, bleibt abzuwarten. Sicher ist aber, dass sich die Arbeitswelt durch solche vernetzten Strukturen ändern wird. Sicher ist auch, dass die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Branchen und den Software- und Telekommunikationsanbietern noch weiter zunehmen wird, wie wir es schon jetzt in der

Automobilbranche, dem Gesundheitssektor oder der Energiebranche sehen können.

Wohin mit Altgeräten?

Für viel reisende Mittelständler interessant ist beispielsweise der Service von ezeep. Egal, ob vom Laptop, Smartphone, Tablet oder direkt aus dem Internet: Die App ermöglicht es, jeden freien Drucker in der Nähe zu nutzen, beispielsweise in der Hotellobby oder im Büro eines Geschäftsfreunds. Das Ganze funktioniert mit jedem beliebigen Druckermodell, ohne Treiberinstallation oder Setup-Probleme. App installieren, klicken, fertig. Ideal für alle, die unterwegs immer mal wieder schnell ein paar Seiten drucken müssen.

Das kennen alle, die regelmäßig die neuesten Handys, Tablets, Navis, Kameras & Co. kaufen (müssen): Es liegen massenhaft Altgeräte im Schrank, die zwar noch voll funktionsfähig sind, aber nicht mehr benutzt werden. Das Portal www.wirkaufens. de kauft solche Geräte auf, sorgt für eine revisionssichere und zertifizierte Datenlöschung und verkauft sie dann weiter. Der Kunde erhält das Geld umgehend ausgezahlt. Zeitraubende Einzelverkäufe auf Auktionsplattformen gehören damit der Vergangenheit an.

Cloud-Dienste

Auch die Cloud ist weiterhin ein Thema. Bei der **Telekom** sind neue Cloud-Dienste im Angebot: Im Marketplace, der sich vor allem an den Mittelstand richtet, ist nun auch Microsoft Office 365 verfügbar. Hier gibt es das Office-Paket (Word, PowerPoint, Excel, OneNote), sowie SharePoint, Exchange und Lync aus der Cloud. Für kleine Unternehmen bis 25 Benutzer kostet der Service beispielsweise 4,75 Euro pro Person und Monat.



Schickes Teil. **Hardware** der Fujitsu Tablet Stylistic Q572

Natürlich gibt es auch bei der Hardware Neuerungen. Fujitsu präsentiert die einheitliche Desktop-Computing-Produktlinie X-Line. Design und Benutzerführung der Produkte sind einheitlich gestaltet. Herzstück ist der Desktop-PC ESPRIMO X913-T mit Windows 8. Hier ist der Rechner im Fuß des Displays integriert. Interessant für alle, die häufig Meetings im kleinen Kreis abhalten: Das höhenverstellbare Touch-Display ist in die Waagerechte schwenkbar, sodass kleine Gruppen daran bequem gemeinsam arbeiten können. Eine automatische Gesichtserkennung sorgt für Sicherheit bei Abwesenheit vom Schreibtisch. Neu ist außerdem der Fujitsu STYLISTIC Q702, ein

Hybridgerät zwischen Laptop und Tablet: Das Display kann vollständig (kabellos!) abgenommen werden und als vollwertiges Tablet verwendet werden. Zusammengesteckt hat man ein klassisches Notebook.

Ein wesentliches Thema ist auch weiterhin die Integration der verschiedenen Endgeräte wie Tablets, Laptops, Smartphones usw. Beim Display-Anbieter **AOC** beispielsweise kann der Monitor myPlay i2757Fm direkt an Tablets und Smartphones mit Android-Betriebssystem angeschlossen werden. Fotos, Videos oder Präsentationen können so ohne Umweg über den PC direkt auf dem 68,6 cm (27 Zoll) großen Monitor gezeigt werden.

BenQ präsentiert einen neuen Projektor MW767, der vor allem für kleinere bis mittlere Besprechungsräume gedacht ist. Er funktioniert ganz ohne zusätzlichen Treiber, einfach USB-Kabel einstecken und loslegen. Wer Kabelsalat hasst, kann die Verbindung zu PC oder Notebook, Smartphone oder Tablet auch kabellos herstellen. Bis zu acht Projektoren können gleichzeitig angesteuert werden - perfekt für Veranstaltungen in mehreren Räumen. Das Gerät kostet etwa 1.599 Euro. Für größere Präsentationen ist das Flat-Panel TL650 mit einer beeindruckenden Bilddiagonale von 165,1 cm (65 Zoll) für rund 4.999 Euro neu im Angebot.

Neu ist der Fujitsu STYLISTIC Q702, ein Hybridgerät zwischen Laptop und Tablet

BenO präsentiert einen neuen Proiektor

MW767, der vor allem für kleinere bis mittlere Besprechungsräume gedacht ist

Sicherheit geht vor

Auch das Thema Sicherheit steht weiter im Fokus. Der mehrfach ausgezeichnete Sicherheitsanbieter Secusmart, auf dessen Lösungen auch die Bundesregierung vertraut, zeigt eine Weltneuheit: Die brandneue Hochsicherheitslösung SecuSUITE schützt Smartphones umfassend vor neugierigen Lauschern. Telefonate, SMS, Mails,

die Internetnutzung und natürlich alle gespeicherten Daten werden

wirksam geschützt - damit sind wertvolle Firmengeheimnisse auch auf den allseits beliebten Smartphones wirklich sicher.

Der auf das Thema Berechtigungsmanagement spezialisierte Anbieter Protected Networks präsentiert eine neue Version seiner Software 8MAN, mit der man genau im Blick behält, wer eigentlich welche Daten einsehen darf. Die neue Version 4.6 bietet noch mehr Übersicht sowie zusätzliche Informationen über Zugriffsberechtigungen und erfolgte Änderungen.

Antispameurope zeigt eine Lösung, die Cloudnutzern maximale Sicherheit bietet: Vollverschlüsselte Daten, die auch von Antispameurope nicht eingesehen werden können, Datenspeicherung auf Servern in Deutschland, die also unter die hiesigen Datenschutzregeln fallen sowie eine automatische Synchronisierung der verschiedenen Endgeräte sorgen für Sicherheit.

Auch Sicherheitsspezialist ESET bietet verschiedene neue Lösungen. So unter anderem einen interessanten Diebstahlschutz für mobile Endgeräte. "Anti-Theft" ortet ein gestohlenes Notebook, überwacht die Aktivitäten am vermissten Rechner und macht sogar Fotos vom Dieb - ohne dass der Gauner dies merkt oder auf die Daten zugreifen kann.



BESUCHERINFOS CEBIT

In diesem Jahr öffnet die CeBIT ihre Pforten vom 5. bis 9. März 2013 täglich von 9.00 - 18.00 Uhr, wie üblich auf dem Messegelände in Hannover. Tageskarten kosten 40,00 Euro, Dauertickets 90,00 Euro an der Tageskasse. Im Vorverkauf unter www.cebit.de zahlt man 35,00 bzw. 80,00 Euro. Fachbesucher-Tickets müssen vorab vom Besucher selbst (!) im Internet registriert werden. Großabnehmer, die mindestens 50 Eintrittskarten brauchen, erhalten einen Nachlass von zehn Prozent. Alle Tickets gelten als Fahrausweise im öffentlichen Nahverkehr des Großraum-Verkehrs Hannover (GVH), wenn der Besuchstag auf dem Ticket markiert ist.



Fachbesucher und Endverbraucher schätzen die CeBIT in Hannover sehr

LESER SCHREIBEN >

Energiewende kontrovers

Unser Artikel über das EEG und unser Editorial zur Energiepolitik in der Ausgabe 1-2/2013 haben ein bemerkenswertes Leserecho ausgelöst. Dabei waren die Zuschriften durchaus kontrovers. Dies zeigt, wie sehr das Thema Energiewende die Gemüter bewegt und wie unterschiedlich die Meinungen und Interessen vor allem im Mittelstand sind.

Meinung des Mittelstandes

Strom aus erneuerbaren Energien wird immer billiger. Wir selbst erzeugen unseren eigenen Strom zu Herstellungskosten von ca. 10 ct. kwh. Dennoch wird er durch immer billigeren "Börsenpreis" der EEG-Umlage teuerer. Ein Fehler in der Berechnungsgrundlage, die nicht von Geringverdienern stammt. Es gibt auch nicht mehr, sondern immer weniger Geld für Ökostrom-Produzenten! Ende des Jahres wird die vergütete kwh aus Photovoltaik im Durchschnitt ca. 10 ct. sein.

Und erst mal abbezahlte Photovoltaikanlagen nutzen den kostenlosen Strom der Sonne. Da kommt kein AKW und kein Kohlekraftwerk mehr mit. Dies geht aus Ihrem Artikel und der Grafik nicht hervor!

Wenn der Staat Geringverdiener entlasten will, hat er es in der Hand. Er beeinflusst den Strompreis am meisten von der EEG-Vergütung, den Leitungskosten, der Energiesteuer und nicht zuletzt mit der Umsatzsteuer. Klingt unter diesem Aspekt schon komisch. Großverbraucher werden entlastet und Geringverdiener hoch besteuert!

Die Meinung des Mittelstandes geben Sie durch den Artikel nicht wider.

Helmut Lorenz Steuerberater, 91154 Roth

Ökologische Planwirtschaftler

Vielen Dank für das Editorial des Magazins Nr. 1/2013. Dass jemand aus der CDU endlich frontal gegen das unselige EEG vorgeht, ist erfreulich. Die Stellungnahme ist sachlich absolut richtig. Insbesondere weist sie präzise auf die nicht enden wollenden Folgeprobleme des EEG hin. Warum man dann (noch) nicht konsequent die ersatzlose Streichung des EEG fordert, ist die Frage? Es wird höchste Zeit, diese Forderung zu artikulieren und zu versuchen, sie gegen alle Widerstände von ökologischen Planwirtschaftlern durchzusetzen.

Einfach wird dies nicht, da wir mittlerweile offenbar kaum mehr eine politische Kraft haben, die die Soziale Marktwirtschaft im gelebten Programm hat. In Sonntagsreden bekennen sich noch viele dazu. Aber das EEG ist ein typisches planwirtschaftliches Instrument. An den Symptomen herum zu doktern, was seit Ende der rot-grünen Bundesregierung zu meiner Enttäuschung ständig geschieht, führt im Endeffekt nicht weiter. Man soll den Strommarkt dem Markt überlassen. Das täte uns allen gut, insbesondere dem Verbraucher.

Stattdessen versucht die Politik, auch die schwarzgelbe, durch vielleicht noch gut gemeinte Planwirtschaftliche Reparaturen die Situation zu verbessern. Das kann und wird nicht gelingen.

Michael Kaplitz Rechtsanwalt, 92421 Schwandorf

Die Redaktion freut sich über jede Zuschrift, behält sich aber verständlicherweise Kürzungen vor. Dass es sich bei Leserbriefen um Meinungsäußerungen der jeweiligen Verfasser handelt und diese nicht notwendigerweise die Meinung der Redaktion wiedergeben, versteht sich am Rande.

leserbriefe@mitmagazin.com

DER GEHALTSZETTEL KOMMT AUS DER CLOUD

Mit der neuen Lösung Arbeitnehmer online bietet die DATEV eG eine sichere und effiziente elektronische Alternative zum Versand von Lohn- und Gehaltsabrechnungen auf Papier, Arbeitnehmer können darüber nun ihre Brutto/Netto-Abrechnungen, Sozialversicherungsnachweise und Lohnsteuerbescheinigungen via Internet abrufen. Der Zugriff ist durch den neuen Personalausweis (nPA) geschützt, der zusammen mit einem entsprechenden Lesegerät eine sichere Online-Identifizierung ermöglicht. Eine weitere Voraussetzung für die Nutzung ist, dass die Gehaltsabrechnung mit DATEV-Software erstellt wird.

In der neuen Online-Anwendung können Arbeitnehmer ihre Dokumente des aktuellen und des vergangenen Jahres einsehen, ausdrucken oder herunterladen. Per E-Mail wird der Anwender benachrichtigt, sobald neue Informationen im System für ihn bereitstehen. So ist er immer schnellstens informiert und verfügt über ein sicheres digitales Archiv mit jederzeitigem Zugriff auf seine Lohn- und Gehaltsdokumente. Somit entfallen das Abheften und eine zeitaufwändige Suche im Bedarfsfall.

Auch der Arbeitgeber profitiert von Vorteilen durch den elektronischen Austausch der Lohn- und Gehaltsabrechnungen. So reduziert sich im Unternehmen der Arbeitsaufwand für deren Konfektionierung und Verteilung.



Am 1. Januar 2013 traten zahlreiche Gesetzesänderungen mit finanziellen Auswirkungen für Firmen und Verbraucher in Kraft

DAS ÄNDERT SICH IM NEUEN JAHR

Von Rechtsanwalt Manfred Wagner und Rechtsanwalt Arndt Lackner, Saarbrücken

Praxisgebühr abgeschafft

Patienten zahlen seit Januar 2013 beim Arzt oder Zahnarzt keine Praxisgebühr mehr. Für die Bürgerinnen und Bürger bedeutet das eine Entlastung um insgesamt 1,8 Milliarden Euro pro Jahr, für Ärzte und Zahnärzte mehr Zeit für ihre Patienten und weniger Bürokratie.

Förderung für Pflegevorsorge

Wer privat für die Pflege vorsorgt, kann staatliche Unterstützung bekommen. Gesetzlich Pflegeversicherte erhalten seit dem 1. Januar 2013 eine Zulage von 60 Euro jährlich, wenn sie eine freiwillige private Pflege-Zusatzversicherung abschließen.

Beiträge zur Rentenversicherung sinken

Zum 1. Januar 2013 sank der Beitragssatz in der Rentenversicherung um 0,7 Prozentpunkte: von 19,6 auf 18,9 Prozent. Das ist der niedrigste Beitrag seit 1996. Arbeitnehmer und Arbeitgeber sparen dadurch jeweils rund drei Milliarden Euro.

Die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung zahlt sich aus: Die Rentenbeiträge sinken. Die Rentenkasse war zum Jahresende 2012 mit knapp 30 Milliarden Euro gut gefüllt. Die Renten werden laut Schätzungen ab Juli 2013 leicht steigen.

Neue Beitragsbemessungsgrenze in der Renten- und Arbeitslosenversicherung

Die monatliche Beitragsbemessungsgrenze in der Gesetzlichen Rentenversicherung und in der Arbeitslosenversicherung steigt in den alten Bundesländern 2013 von 5.600 auf 5.800 Euro. Die Beitragsbemessungsgrenze Ost beträgt dann 4.900 Euro.

Neue Versicherungspflichtgrenze in der Krankenversicherung

Die Versicherungspflichtgrenze in der Gesetzlichen Krankenversicherung erhöht sich von 50.850 Euro auf 52.200 Euro. Die Grenze folgt damit der Einkommensentwicklung. Sie betrug deutschlandweit 2011 plus 3,09 Prozent. Wer mit seinem Einkommen über der Versicherungspflichtgrenze liegt, kann eine private Krankenversicherung abschließen.

Verdienstgrenzen für geringfügig Beschäftigte steigen

Die Lohngrenze für "Minijobs" (geringfügige Beschäftigung) steigt zu Jahresbeginn von 400 auf 450 Euro. Die Obergrenze für die Gleitzone, "Midijobs" genannt, erhöht sich von 800 auf 850 Euro. Außerdem werden Minijob-Verhältnisse grundsätzlich rentenversicherungspflichtig. Minijobber können dadurch ihre soziale Absicherung verbessern: Sie erhalten Anspruch auf Erwerbsminderungsrenten und Reha-Leistungen.

Kurzarbeitergeld verlängert

Die Bundesregierung hat die Bezugsdauer für das Kurzarbeitergeld auf bis zu zwölf Monate verlängert. Bedingung: Der Anspruch auf Kurzarbeitergeld muss bis 31.12.2013 entstanden sein. Die Regelung gilt auch für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die sich derzeit bereits in Kurzarbeit befinden. Die Beschäftigten erhalten das Kurzarbeitergeld über ihre Arbeitgeber.

Höhere Insolvenzgeldumlage für Arbeitgeber

Arbeitgeber zahlen ab Januar 2013 zur Finanzierung des Insolvenzgeldes eine Umlage in Höhe von 0,15 Prozent. 2012 betrug die Umlage nur 0,04 Prozent, weil Überschüsse zur Verfügung standen.

Rente mit 67 – Renteneintritt zwei Monate später

Seit 2012 steigt schrittweise die Altersgrenze für die Rente. Das heißt: Wer 1948 geboren ist und 2013 in den Ruhestand geht, muss zwei Monate über seinen 65. Geburtstag hinaus arbeiten. Dann gibt es die Rente ohne Abschlag.

Unabhängig vom Geburtsjahrgang gilt: Wer 45 Jahre lang Beiträge gezahlt hat, kann weiter mit 65 Jahren ohne Abschläge in Rente gehen.

Mehr Transparenz bei den Preisen für Benzin. Strom und Gas

Günstig tanken: Die deutschen Tankstellen müssen künftig die aktuellen Kraftstoffpreise in Echtzeit an die neue Markttransparenzstelle beim Bundeskartellamt übermitteln. Diese Stelle wird die Daten umgehend an Verbraucher-Informationsdienste weitergeben.

Elektro- und Brennstoffzellen-Autos Kfz-steuerfrei

Reine Elektrofahrzeuge aller Fahrzeugklassen, einschließlich Brennstoffzellenfahrzeuge, werden zehn Jahre von der Kfz-Steuer befreit. Die Steuerbefreiung gilt rückwirkend bei Erstzulassungen seit dem 18. Mai 2011 und bis zum 31. Dezember 2015. Bisher fahren lediglich reine Elektro-PKW fünf Jahre steuerfrei.

Führerschein ab 2013 befristet

Von 2013 an ersetzt ein europaweit gültiger Führerschein das bisherige Nebeneinander von mehr als 110 verschiedenen Führerscheinen. Wer seine Fahrprüfung nach dem 19. Januar ablegt oder seinen Führerschein verliert, bekommt den neuen Schein.

Die neuen Führerscheindokumente sind nicht mehr unbefristet gültig. Sie müssen nach fünfzehn Jahren erneuert werden. Die Fahrerlaubnis selbst bleibt erhalten. Führerscheine, die vor dem 19. Januar 2013 ausgestellt worden sind, bleiben bis 2033 gültig. Danach muss man sie neu beantragen.

Energieeffizienz: Sparsam im Standby

Im Standby-Betrieb dürfen neue Geräte nicht mehr als 0,5 bis 1 Watt pro Stunde verbrauchen. Diese Obergrenze gilt ab Januar 2013 für fast alle Haushalts- und Bürogeräte, Unterhaltungselektronik und elektronische Spiel- und Sportgeräte. Wer als Hersteller oder Importeur die neuen Vorschriften nicht erfüllt, darf sein Produkt in der EU dann nicht mehr verkaufen.

Spitzenausgleich nur bei mehr Energieeffizienz

Unternehmen, die energieintensiv produzieren, können den so genannten Spitzenausgleich beantragen – eine Steuerbegünstigung bei der Strom- und Energiesteuer. Ab 2013 ist dieser Spitzen-

ausgleich an Gegenleistungen gebunden: Die Unternehmen bekommen ihn nur noch gewährt, wenn sie Energiemanagement-Systeme einführen, um Energie zu sparen und effizienter zu nutzen.

"Offshore-Haftung"

Windenergie von hoher See soll einen großen Teil zur Stromversorgung beitragen. Können Anlagenbetreiber ihren Strom nicht einspeisen, weil es Verzögerungen oder Störungen bei der Netzanbindung gibt, erhalten sie künftig eine Entschädigung. Fachleute sprechen hier von der Offshore-Haftung. Die Mehrkosten, die dadurch entstehen, können die Netzbetreiber auf die Verbraucher umlegen. Für Verbraucher betragen sie höchstens 0,25 Cent pro Kilowattstunde. Das wären bei einem Verbrauch von 3.500 Kilowattstunden 8,75 Euro pro Jahr.



Mit unseren passgenauen Finanzierungslösungen sind Sie bestens aufgestellt. Unsere Berater freuen sich auf ein Gespräch.

Sprechen Sie uns an: Telefon: 030 / 2125-4747 E-Mail: wachsen@ibb.de www.ibb.de/wachsen



Leistung für Berlin.



Es gibt verschiedene Wege, Kunden durch Nachlässe zu binden – auch ohne Gewinnverlust

VIER WEGE, PREISE OHNE GEWINNVERLUST ZU REDUZIEREN

Von Hans-Jürgen Borchardt

Die Standardempfehlung fast aller Berater - mich eingeschlossen - lautet: "Sich durch Extra-Leistungen differenzieren und neue Kunden gewinnen." Diese Empfehlung ist auch grundsätzlich richtig und fast immer erfolgreich. Voraussetzung allerdings ist, dass die Wettbewerber die möglichen Leistungsfelder, in denen man sich differenzieren kann, noch nicht besetzt haben. Wer sich zu einer derartigen Differenzierung entschließt, muss vorher jedoch prüfen, ob die geplanten Extra-Leistungen den Kunden einen echten Vorteil/Nutzen bieten.

Da jede Medaille zwei Seiten hat, gibt es auch für diese Vorgehensweise eine Alternative. Die heißt, das Leistungsangebot auf das Notwendigste zu reduzieren und sich ganz oder teilweise im Niedrigpreissegment zu etablieren, ohne dabei einen Gewinnverlust zu erleiden. Das ist möglich, wenn die Einsparungen teilweise an die Kunden weitergegeben werden, wie beispielsweise bei Aldi, Ikea oder anderen.

Wer sich mit diesem Thema beschäftigen will, hat grundsätzlich vier unterschiedliche Ansatzpunkte:

- Reduzierung der Serviceleistungen
- Übertragung von Teilarbeiten auf den Kunden
- Fertigstellung einer Arbeit ohne feste Terminvorgabe
- Veränderung der Zahlungskonditionen.

Allerdings: Unternehmer, die sich im unteren Preissegment ansiedeln wollen und glauben, dass das über eine reduzierte Qualität möglich ist, irren. Ausnahmen gibt es nicht. Generell kann gesagt werden, dass Unternehmen, die an der Qualität sparen, auf Dauer nicht wettbewerbsfähig sind.

Reduzierung der Serviceleistungen

Für die Reduzierung der Serviceleistungen kann es keine generelle Empfehlung geben, weil die Serviceerwartungen der Kunden von Branche zu Branche unterschiedlich sind. Hier muss jeder Unternehmer mit seinen Mitarbeitern die verschiedenen Serviceleistungen auf den Prüfstand stellen und entscheiden, was kostensparend eingestellt oder reduziert werden kann. Dabei muss beachtet werden, dass softfacts, also Zuverlässigkeit, Termintreue, Freundlichkeit, Sauberkeit etc. uneingeschränkt erhalten bleiben.

Generell ist festzustellen, dass es viele Möglichkeiten gibt, Service- und Beratungsleistungen zu reduzieren oder sogar komplett auszuklammern. Hier muss jeder Unternehmer je nach Branche und Kundenstruktur seine eigene Lösung suchen.

Übertragung von Teilarbeiten auf den Kunden

Wie Leistungen vom Unternehmen auf den Kunden verlagert werden, zeigt am besten Ikea. Hier kaufen die Kunden (Möbel-)Elemente, die sie selbst zusammenbauen müssen. Der Zusammenbau erfolgt nicht in der Fabrik oder durch den Händler, sondern durch den Kunden. Die eingesparten Produktionskosten kommen mehr oder weniger den Kunden zugute.

Die Verlagerung von Teilarbeiten auf den Kunden ist besonders für Handwerker interessant, weil hier Hilfsdienste unterschiedlichster Art vom Kunden geleistet werden können. Dazu zählen neben der Selbstmontage z. B. Transportleistungen, wenn der Kunde großformatige oder schwere Teile selber abholt oder bringt. Möglich ist auch die Übertragung von assistierenden Leistungen, wenn Einbauten oder Reparaturen anfallen.

Die Vorbereitung einer Arbeitsstelle und die abschließende Reinigung ist eine weitere Option.

Eine "handwerkliche" Variante bieten z. B. einige Frisöre, bei denen sich die Kunden Ihre Haare selbst waschen und föhnen können. Die zu erbringende Leistung reduziert sich auf das Schneiden der Haare.

Webdesigner z. B. können den Kunden das Erfassen der Keywords und das Gestalten der Texte übertragen und so erhebliche Zeit einsparen. Dieser Bereich ist sogar variabel zu gestalten, weil diese Arbeiten mit oder ohne Anleitung dem Kunden übertragen werden können. Ebenso kann die Beschaffung und die Auswahl des Bildmaterials vom Kunden vorgenommen werden.

Fertigstellung der Arbeit ohne feste Terminvorgabe

Dieses Angebot ist mit den anderen nur bedingt vergleichbar, weil es keinerlei Einschränkungen in den Dienstleistungen und im Service gibt. Dennoch kann diese Variante bestimmten Unternehmen kostensparende Vorteile bieten, weil Arbeiten ohne Terminvorgabe dann ausgeführt werden können, wenn die Mitarbeiter Leerlaufzeiten haben oder nicht voll ausgelastet sind.

Eine Kfz-Werkstatt muss mittel- und kurzfristig planen, damit die Kunden den Wagen zur vereinbarten Zeit bringen und abholen können. In diesen Terminplan sind Reparaturen und die Behebung von Unfallschäden so einzubauen, dass alle zugesagten Termine ein-

Foto: Rainer Sturm/ pixelio.de

Wer sich mit vielen Wettbewerbern auseinander setzen muss, die sich gegenseitig im Service überbieten, kommt mit dieser Strategie leichter zum Erfolg und gewinnt noch an Liquidität.

gehalten werden. Damit ist die Planung ein halbes Lotteriespiel, weil der Zeitplan jederzeit durch Terminabsagen oder Eilaufträge von Großkunden durcheinander gewirbelt werden kann. Hier können Kunden (die z. B. in den Urlaub fahren) für Reparaturen oder Inspektionen Sonderkonditionen gewährt werden, wenn der Endtermin variabel ist.

Veränderung der Zahlungskonditionen

Ein Teil des Erfolges von Aldi beruhte darauf, dass die Kunden an der Kasse nur bar bezahlen konnten, während Aldi selbst ein Zahlungsziel von mindestens 30 Tagen hatte.

Damit verfügte das Unternehmen stets über eine außergewöhnlich hohe Liquidität. Viele Kleinunternehmen, insbesondere Handwerker, haben Zahlungskonditionen, z. B. 30 Tage netto. Mit dieser starren Haltung "verschenken" sie eine wichtige Variante bei Auftrags- und Preisverhandlungen.

So kann man z. B. gestaffelte Konditionen anbieten, so fünf Prozent Skonto, wenn innerhalb von drei Tagen gezahlt wird. Der Vorteil: Man wird weitgehend autark und kann überwiegend auf Bankkredite verzichten.

Zunächst sieht dieses Zahlungsangebot nach einem Verlustgeschäft aus, weil

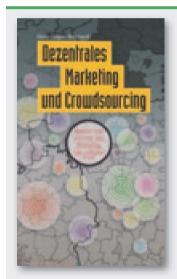
fünf Prozent ein (sehr) hoher Nachlass sind. Aber: Etwa 60 Prozent dieses Nachlasses kann man bei seinen Lieferanten einsparen, indem man ihnen die gleichen Konditionen abverlangt. Rechnungsverfolgung, Erinnerungs- und Mahnarbeiten einschl. Telefonate entfallen weitgehend, das Unternehmen hat den Ruf eines schnellen und korrekten Zahlers.

Empfehlung

Unternehmer, die sich mit diesen vier Alternativen beschäftigen, sollten vor der Einführung derartiger Angebote diese mit ihren Kunden besprechen, um deren Einstellungen dazu zu erfahren. Gleichzeitig sollte auch danach gefragt werden, wie hoch die Kunden das geplante Preis-/Leistungsverhältnis einschätzen. Sind die Rabatterwartungen zu hoch, kann entweder aufgeklärt, variiert oder das gesamte Vorhaben abgesetzt werden.

Fazit

Wer sich mit vielen Wettbewerbern auseinander setzen muss, die sich gegenseitig im Service überbieten, kommt mit dieser Strategie, die sich auf das Wesentliche konzentriert, leichter zum Erfolg.



DAS MARKETING DER ZUKUNFT

Das neue Buch von Hans-Jürgen Borchardt "Dezentrales Marketing und Crowdsourcing", setzt sich kritisch aber konstruktiv mit der gegenwärtigen Methodik und Systematik des Marketings auseinander. An Hand von vielen Beispielen wird beschrieben, wie durch die Dezentralisierung eine klare Neuordnung und Nutzung der externen Intelligenz die Effizienz des Marketings erheblich gesteigert werden kann.

"Dezentrales Marketing und Crowdsourcing. Warum und wie sich das Marketing verändern muss" erschien im Publicis Verlag, ISBN 978-3-89578-413-2, Preis 27,90



Schneesicher bis in den April: Zauchensee im Salzburger Land

LUST AUF FRÜHLINGS-SKILAUF IN DER SONNE

Die Sonnenanbeter können den Frühling kaum erwarten. Insider wissen, dass er schon in greifbarer Nähe ist - und trotzdem kann man auch noch dem herrlichen Frühlings-Skilauf frönen - zum Beispiel im österreichischen Pongau in der Nähe von Salzburg! Im Hotel Enzian in Zauchensee findet man alle Annehmlichkeiten, die für relaxte Skitage unverzichtbar sind. "Vom Bett zur Piste in Rekordzeit", lautet der Enzian-Slogan. Wie wahr - denn die Gondelstation zum Einstieg in die Skiwelt Ski amadé liegt direkt vor der Hoteltür.

Aufgrund der Höhenlage wird in Zauchensee bis nach Ostern eine 100 prozentige Schneesicherheit geboten. Dann heißt es nur noch Ski anschnallen und ab auf die Trainingspisten des Weltcupsiegers Michael Walchhofer. In Zauchensee weiß man, dass zu einem schönen Skitag auch eine urige Hütte gehört. Besonders die Plätze auf der Terrasse, mit Blick auf die herrlichen Pisten und viel Sonnenschein, sind natürlich die begehrtesten! Die Einkehrschwünge hier sind nicht umsonst

legendär. Wer Lust auf Entspannung im Wellnessbereich hat, ist im Enzian bestens aufgehoben und lässt bei einem gebuchten Massagetermin den Tag gemütlich ausklingen. Spätestens jetzt kreisen die Gedanken um das Abendessen. Der Blick in eine der gemütlichen Stuben und in den Wintergarten lässt



Unter dem Begriff "familyaustria" haben sich 36 Hotels und Appartements zusammengeschlossen, die besonderen Wert auf Kinderbetreuung legen

Vorfreude aufkommen. Hier serviert die Küchen-Crew ausgezeichnete Gourmet-Menüs. Noch ein Glas Wein, noch ein Stück Käse, ein letzter Blick auf die Scheinwerfer der Pistenraupen und sich auf morgen freuen.

Familienspaß hoch 36

Der neunjährige Max will auf die Skipiste und danach ins Hallenbad, Laura wünscht sich eine Rodelbahn und das Nesthäkchen Sarah freut sich auf die Kinderanimation. Die Eltern wollen vor allem eins: Alle Winterwünsche unter einen Hut bringen. Die Mitgliedsbetriebe von familyaustria haben sich genau auf diese Wünsche spezialisiert und bieten Familien den "wahrscheinlich größten Hut" Österreichs. "Darunter haben alle Angebote Platz", schmunzelt die Projektmanagerin von familyaustria, Rita Einöder.

Die Enzian-Osterwoche vom 23. – 30. März ist mit 7 Übernachtungen im DZ, Verwöhnpension, diversen Osterveranstaltungen und einem 6-Tages-Skipass bereits ab 832,-- pro Person buchbar:

www.enzian-zauchensee.at

"Kinder an die Macht"

Insgesamt 36 Hotels und Appartements stehen zur Auswahl. Von gehobenen Familienhotels bis hin zu Selbstversorger-Wohnungen - Familien finden in jeder Preisklasse das passende Angebot. Wichtigstes Kriterium: In den familyaustria-Häusern erleben die Gäste einen bewegten und gesunden Urlaub mit - und nicht von - ihren Kinder. Das Maskottchen "FreddyFit", der grüne Apfel mit der auffällig guten Laune und den roten Turnschuhen, ist Garant für die hohe Qualität der Ausstattung und Kulinarik sowie das große Freizeit- und Betreuungsangebot für Kids. Diese werden bei familyaustria auch regelmäßig überprüft und weiterentwickelt, damit die versprochene Qualität auch gehalten Günter Kohl wird.

Info:

familyaustria Hotels & Appartements, Bahnhofstraße 8, A – 9500 Villach, Tel. 0664 14 53 971, Fax 0043 4242 29553, www.familyaustria.at



DER NEUE BMW 7ER

Souveräne Sportlichkeit und luxuriöser Komfort in Vollendung

Der Vorsprung der Mercedes S-Klasse schmilzt dahin. Der neue BMW 7er baut seine Position als innovative Limousine im Luxussegment weiter aus. Das Flaggschiff der BMW Flotte steht gleichermaßen für sportliche Eleganz, kultivierte Antriebstechnologie und luxuriösen Komfort. Nun unterstreicht die Limousine ihren Führungsanspruch durch eine deutliche Aufwertung: Neue LED-Scheinwerfer, ein aufgewerteter Innenraum mit optimiertem Geräuschniveau, der spürbar gesteigerte Fahrkomfort, ein komplettes Angebot an Wunschausstattung und modernste Sicherheitstechnologie schaffen ein Reiseerlebnis der Extraklasse. Eine Reihe neuer oder optimierter Antriebsvarianten, darunter der weltweit stärkste Reihen-Sechszylinder-Diesel und die zweite Generation des BMW ActiveHybrid 7, setzen Maßstäbe in Sachen Leistung und Effizienz. Für Kommunikationsfreaks etwas ganz Besonderes: sie können SMS und E-Mails während der Fahrt diktieren und sie dann per Tastendruck absenden.

Neue Ledersitze, formvollendetes Design, feinste Materialien, handwerkliche Verarbeitung und höchste Funktionalität prägen den Innenraum der BMW 7er Limousine. Ein perfektes Klangerlebnis verspricht das neue Bang & Olufsen Sound System mit 1.200 Watt und 16 Lautsprechern, darunter ein illuminierter Center-Lautsprecher, der sich nahezu vollständig im Instrumententräger versenken lässt.

Im neuen BMW 7er lässt sich das Multifunktionale Instrumentendisplay

hinter dem Lenkrad erstmals an die Bedürfnisse des Fahrers anpassen. Dabei eröffnet die erweiterte Black Panel Technologie auf einer Bildschirmdiagonalen von 10,25 Zoll völlig neue Anzeigemöglichkeiten. Je nach Fahrmodus präsentieren sich die Instrumente nun farblich und grafisch differenziert und liefern maßgeschneiderte Informationen wie Status- und Funktionsanzeigen. Auch das zentrale Control Display in der Mitte der Instrumententafel wurde optisch wie technisch optimiert und arbeitet nun mit einer hochauflösenden 3D-Darstellung.

Technik

Neben dem Top-Modell BMW 760i mit Zwölfzylinder-Triebwerk stehen für den BMW 740i ein neuer BMW TwinPower Turbo Reihen-6-Zvlinder Motor und für den BMW 750i ein überarbeiteter V8-Benziner zur Verfügung. Auch die Sechszylinder-Dieselmotoren im BMW 730d und BMW 740d zeichnen sich durch gesteigerte Leistung bei reduzierten Verbrauchswerten aus. Premiere feiert der neue BMW 750d xDrive: Unter seiner Haube arbeitet der neue Turbo-Reihen-6-Zylinder-Dieselmotor und damit das weltweit stärkste Aggregat seiner Art unter den Selbstzündern.

Für maximale Sicherheit sorgen BMW-Licht mit Personenerkennung, der blendfreie LED-Fernlichtassistent, die Spurverlassenswarnung und eine aktive Geschwindigkeitsregelung mit Stop&Go-Funktion sowie eine automatische Müdigkeitserkennung und Speed Limit-Info inklusive Überholverbotsanzeige mittels Verkehrsschildersymbolen.

Günter Kohl



BÜCHER >



Die Logik der Waffen

Ulrich Tilgner Broschur, 264 S., 19,95 Euro ISBN 978-3-280-05489-5 Orell Füssli Verlag

Der ersehnte Frieden im Mittleren und Nahen Osten ist wieder einmal in weite Ferne gerückt. Wird sich die Gewaltspirale nun noch schneller drehen? Der Journalist und TV-Korrespondent Ulrich Tilgner kennt die Verhältnisse vor Ort aus jahrzehntelanger eigener Erfahrung. Sein Buch ist eine sachkundige und tiefreichende Analyse. Dem Westen wirft Tilgner Versagen vor und belegt dies mit Beispielen seit 2001.



Frauen auf Augenhöhe

Barbara Schneider Broschur, 200 S., 19,90 Euro ISBN 978-3-86936-427-8 Gabal Verlag

Ein aktueller Beitrag zur Ouotendiskussion: Was Frauen nach oben bringt und was nicht. Die Autorin nimmt sich dieser vielschichtigen Problematik aus verschiedenen Blickwinkeln und völlig emotionslos an. Eine ihrer Thesen lautet: Den meisten Unternehmern gelingt es, Frauen und Männer in gleichem Maße zu rekrutieren, was aber nicht gelingt, ist, Frauen zu halten und an die Spitze zu bringen.



Wir klicken uns um Freiheit und Verstand

Frank Meik Geb., 123 S., 16,90 Euro ISBN 978-3-86774-214-6 Murmann Verlag

Mit diesem Buch prangert der langjährige Medienprofi Frank Meik die zunehmende Boulevardisierung und Trivialisierung der Medienlandschaft an. Die neuen Medien haben unsere Denkweise verändert und dominieren unsere Informationswelten. Wir selbst bezahlen diese vermeintlich kostenlose Informationsflut teuer mit unseren Daten und unserer demokratischen Mündigkeit eine Bedrohung unserer Demokratie.



Zukunfts Flashs

Daniel Burrus Geb., 350 S., 34,90 Euro ISBN 978-3-86936-431-5 Gabal Verlag

"Sieben Impulse, um Ihr Unternehmen zukunftsfähig zu machen", lautet der Untertitel dieses Buches des amerikanischen Erfolgsautors Daniel Burrus. Er beschreibt an Hand zahlreicher Fallbeispiele, auf welche Weise seine Impulse kleinen Firmen und internationalen Konzernen ebenso wie Einzelpersonen und ganzen Branchen zu Karrieresprüngen und Erfolg verholfen haben. Das Buch war in den Staaten ein Bestseller.

55 Gründe Arzt zu werden

Markus Müschenich Geb., 236 S., 19,90 Euro ISBN 978-3-86774-213-9 Murmann Verlag

Jüngste Veröffentlichungen rücken Teile der deutschen Ärzteschaft in ein schiefes Licht. "Patienten-Abzocke", verlassene Landarztpraxen, machtgierige schwarze Schafe in Kliniken, Organspende-Skandal – das einst makellose Bild hat sich eingetrübt. Auch die Ärzte selbst sind unzufrieden mit ihrer Situation. Mit seinem Buch möchte der ehemalige Chef der Sana Kliniken AG vor allem junge Menschen ermutigen, den Arztberuf zu wählen.

Auf der Fährte des Steppenwolfs

Geb., 400 S., 19,90 Euro ISBN 978-3-89850-221-4 Verlag Hohenheim

Zum 50. Todestag von Hermann Hesse erlebte die große Biografie von Hans-Jürgen Schmelzer eine überarbeitete Neuauflage. Hierin wird nicht nur allein Hesses Leben und Werdegang beschrieben, sondern auch Inhalt, Entstehungs- und Wirkungsgeschichte seiner Werke, die weltweit verbreitet sind und in mehr als 50 Sprachen übersetzt wurden.

Triumph des Individuums

Edgar K. Geffroy Geb., 200 S., 24,99 Euro ISBN 978-3-86881-491-0 Redline Verlag

Kunden verlangen heutzutage nach individuellen Lösungen. die ganz ihren persönlichen Wünschen und Vorstellungen entsprechen. Der Autor, einer der gefragtesten Verkaufsexperten Deutschlands, trägt diesen massiven Veränderungen in seinem neuen Buch Rechnung. Anhand von 8o Firmenbeispielen erläutert er die nächste Stufe der Kundenorientierung.



für Sie gelesen von Günter Kohl

AKTUELLE URTEILE >

Rundfunkgebühren auch ohne Rundfunk im Betrieb

BVerfG; Beschluss vom 22.08.2012; 1 BvR 199/11

Wer Fernsehen empfangen oder Radio hören will, der muss für die tatsächliche Nutzung auch zahlen. Da dürfte es keine zwei Meinungen geben. Wie steht es aber um den möglichen Radioempfang in der Kanzlei, der Praxis oder dem Betrieb. Das Thema war lange bei den Rechtsexperten ebenso umstritten wie auf den Stammtischen beim Feierabendbier.



Jetzt hat das Bundesverfassungsgericht sich eindeutig positioniert und damit letztendlich die Rechtslage entschieden. Es ging dabei um internetfähige PCs, die in einer Rechtsanwaltskanzlei genutzt wurden. Radio hätte mit den Geräten gehört werden können, das soll aber tatsächlich nicht geschehen sein.

Das Bundesverfassungsgericht sieht in der Erhebung der Rundfunkgebühren für internetfähige PCs eine Gleichbehandlung von Besitzern herkömmlicher und neuartiger Rundfunkempfangsgeräten. Dies sichert die Finanzierung des öffentlichrechtlichen Rundfunks und hilft eine "Flucht aus der Rundfunkgebühr" zu vermeiden. Auch einen Verstoß gegen Art. 12 I GG kann das höchste deutsche Gericht nicht erkennen. Die Abgabenpflicht für den beruflich genutzten PC stellt keinen Eingriff in die Berufsfreiheit dar, da es keinen unmittelbaren Bezug zur beruflichen Tätigkeit gibt.

Das Darlehen auf dem Tablett serviert

OLG München; Urteil vom 04.06.2012; 19 U 771/12

E-Bookreader, Tabletts, Notebooks - wozu brauchen wir eigentlich noch Papier. Testamente und Vollmachten werden elektronisch registriert, das gerichtliche Mahnverfahren läuft papierlos. Aber es gibt sie noch, die großen Ausnahmen.

Eine Bank wollte mit den Errungenschaften des Fortschritts mithalten und präsentierte ihrem Darlehensnehmer den Verbraucherdarlehensvertrag vollständig auf einem elektronischen Schreibtablett. Der Verbraucher war mit dem Vertrag einverstanden, da er das Geld für einen neuen Fernseher dringend benötigte. Er unterzeichnete den Darlehensvertrag auf dem Schreibtablett. Anschließend erhielt er einen Ausdruck überreicht.

Mehr als 14 Tage später widerrief der Darlehensnehmer den Kreditvertrag. Die Parteien streiten über die Wirksamkeit des Widerrufs.



Das Oberlandesgericht setzt noch früher an. Der Darlehensvertrag genügt nicht der zwingenden Schriftform. Auch der anschließende Ausdruck entspricht nicht den Schriftformerfordernissen. Allerdings wird dieser Mangel durch die Auszahlung des Geldes geheilt. Die Klage des Darlehensnehmers war trotzdem erfolgreich. Der Widerruf erfolgte rechtzeitig, da die Widerrufsfrist erst mit dem Vertragsschluss zu laufen beginnt. Das war hier der Tag der Auszahlung des Geldes (Heilung des Mangels). Außerdem muss der Darlehensnehmer eine Abschrift des Vertrages mit den geänderten Bedingungen erhalten. Es gilt wegen der ursprünglichen Formunwirksamkeit automatisch nur noch der gesetzliche 7inssatz.

Keine Unterstützung für Tote

OVG Berlin-Brandenburg; Beschluss vom 12.10.2012; 10 M 20/12

Manchmal stutzt man dann doch beim Studium der Zeitungen oder auch der Fachblätter: "Keine Gewährung von Prozesskostenhilfe für einen Verstorbenen" hieß es da in der NJW (2012, 3739). Ja, was denn sonst, möchte man ausrufen. Aber bei näherer Betrachtung des Einzelfalls ist diese Selbstverständlichkeit doch eine Überlegung wert.

Es war Prozesskostenhilfe (PKH) für eine beabsichtigte Klage beantragt worden. Die Entscheidung über die PKH verzögerte sich jedoch. Der Kläger verstarb und der Antrag auf Prozesskostenhilfe wurde daraufhin zurückgewiesen. Der Rechtsanwalt des Verstorbenen legte Beschwerde ein, die aber erfolglos blieb.

Das Oberverwaltungsgericht als Beschwerdeinstanz stellte klar, dass die PKH personengebunden und nicht vererblich ist. Es kommt auf die finanzielle Situation des Antragstellers an. Selbst wenn das erstinstanzliche Gericht den Antrag zu langsam bearbeitet hatte, kann nicht ausnahmsweise etwas anderes gelten. Die PKH soll dem Antragsteller und niemand anderem die Führung eines Prozesses ermöglichen. Nach dem Tod kann dieses Ziel nicht mehr erreicht werden.

Mittelstands Magazin

INFORMATIONEN UND FORUM FÜR MITTELSTAND, WIRTSCHAFT UND MANAGEMENT



Unseren Lesern verpflichtet – und Ludwig Erhard



- aktuell und informativ
- **▶** hintergründig
- **▶** meinungsfreudig
- **►** zielgruppenorientiert

Unsere Leser:

mehr als 1.000.000* Entscheider aus Mittelstand, Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Verbänden – nah dran und mitten drin.

www.mitmagazin.com E-Mail: info@ mitmagazin.com

* Das MittelstandsMagazin erscheint zehnmal im Jahr.
IVW-geprüfte Auflagen-Analyse 3/2012: 40.500 pro Ausgabe
durchschnittliche Leserzahl pro Exemplar: 2,5 lt. Leserstrukturanalyse





In der angenehmen Atmosphäre des Münchner Künstlerhauses tauschten 300 Gäste der MU Gedanken und Meinungen zum politischen Jahr 2013 aus

NEUJAHRSEMPFANG DER MITTELSTANDS-UNION

300 Gäste aus Politik, Wirtschaft und Verbänden konnte die MU bei ihrem traditionellen Neujahrsempfang im Münchner Künstlerhaus begrüßen. Der Hauptredner und Ehrengast Georg Fahrenschon lobte die tragende Rolle des Mittelstands im Jahr 2012 mit den Sparkassen als zuverlässige Finanziers an seiner Seite: "Die deutschen Unternehmen bleiben der Wirtschaftsmotor für ganz Europa."

Eine wichtige Voraussetzung für Wachstum sei auch ein lokal verankertes Bankensystem, welches Mittelstand und private Haushalte verlässlich über Krisen hinweg trägt. "Die Investitionen des deutschen Mittelstands werden in erster Linie über Bankkredite finanziert. Das ist gut so, denn die Hausbanken federn die Risiken der Kapitalmärkte entscheidend ab. Der Mittelstand braucht aber auch in Zukunft verlässliche Finanzierungsbedingungen. Deswegen darf Basel III Mittelstandskredite nicht verteuern", so der Präsident des DSGV weiter.

Sparkassen sind Marktführer

Sparkassen seien überall in Deutschland nah bei den Kunden. Das ermögliche es ihnen, Risiken adäquat einzuschätzen und wirtschaftlich tragfähige Investitionen zu finanzieren. "Die Kreditvergabe an Unternehmen und Selbstständige haben die 423 Sparkassen in Deutschland ausgedehnt. Bis Ende November stieg das Neugeschäft um 5,9 Prozent über den schon hohen Wert des Vorjahreszeitraums. Insgesamt flossen bis Ende November 62,8 Mrd. Euro

an Gewerbe- und Unternehmenskunden. Zusammen mit den Landesbanken stellen sie 42 Prozent des Marktvolumens und sind nach wie vor mit Abstand Marktführer bei der Unternehmensfinanzierung in Deutschland", so Fahrenschon weiter. Der frühere bayerische Finanzminister ging auch auf die nachhaltige Bewältigung der Europäischen Schuldenkrise ein. "Wir müssen uns auch 2013 damit auseinandersetzen: wo sind Fehler gemacht worden und wie sind sie zu korrigieren, und sind die Hausaufgaben erledigt worden. Wir müssen auch 2013 die Diskussion führen: Europa vertiefen ja, aber wie und wo", so der DSGV-Präsident. Die Leitplanken müssten weiter sein: keine Hilfen ohne Auflagen, Wettbewerbsfähigkeit und Handlungsfähigkeit Europas nach außen stärken, mehr Transparenz und Akzeptanz für die Europäische Union schaffen. "Wir können in Europa eine Blaupause des Erfolgsmodells Deutschland anbieten. Entscheidend für unseren Erfolg sind beispielsweise die dezentrale Infrastruktur und Verwaltung, die breit angelegte Bildungslandschaft, unsere



Georg Fahrenschon (rechts) bekam als Dank für seinen Vortrag vom stellvertretenden MU-Landesvorsitzenden Thomas Schmatz (am Rednerpult) einen Moriskentänzer überreicht. MU-Vorsitzender Hans Michelbach (Mitte) freute sich über ein "volles Haus"

vielfältige Wirtschaftsstruktur aus Industriekonzernen, Mittelstand und Familienbetrieben sowie die Dezentralität unseres Kreditwesens", fügte Fahrenschon einige Rahmenbedingungen der Wachstumslokomotive Deutschland an.

Bayern wählen 2013 zweimal

Der Vorsitzende der Mittelstands-Union Dr. h.c. Hans Michelbach schwor in seiner Rede die anwesenden Mittelständler auf das politische Jahr 2013 ein: "Bei den diesjährigen Wahlen für den Bayerischen Landtag und den Deutschen Bundestag steht der Mittelstand am Scheideweg: Entweder Politik für Wachstum, Beschäftigung, Wohlstandsgewinne, gesellschaftlichen Zusammenhalt und einen starken Mittelstand in der Sozialen Marktwirtschaft sowie Konsolidierung und Stabilität in Europa oder rot-grüne Substanzbesteuerung und Umverteilungspolitik, Politik auf Pump und Abschwung durch Steuererhöhungen sowie Schuldenvergemeinschaftung und Abschwung in ganz Europa. Erst im Dezember hat Rot-Grün durch seine Blockadehaltung im Bundesrat mehr Steuergerechtigkeit durch die Reduzierung der Kalten Progression und die Verhinderung des Jahressteuergesetzes mit der Kürzung der Aufbewahrungsfristen und des Steuerabkommens mit der Schweiz aus reiner Parteitaktik zerstört. Diese Leute sind zu allem fähig aber für eine erfolgreiche Mittelstandspolitik nicht zu gebrauchen!", so Michelbach. "Deutschland ist trotz Euro-Krise mit unserem leistungsfähigen Mittelstand die Wachstumslokomotive in Europa. Die Zahl der Beschäftigten ist mit über 41 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auf Rekordniveau. Es

gibt ausreichende Ausbildungsplätze, wovon 80 Prozent der Mittelstand schafft. Wir sind unter den Top Ten der Länder mit der besten Standortqualität und der deutsche Mittelstand ist mit seinen innovativen Produkten und Dienstleistungen in vielen Bereichen Weltmarktführer", verdeutlichte der MU-Vorsitzende die Erfolge des Mittelstands und der christlichliberalen Koalition. "Wir müssen verstärkt über unsere Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft und über unsere Erfolge reden. Da haben wir Mittelständler auch eine Informationspflicht. Und eines muss uns klar sein: nur CDU und CSU können die Mehrheit für mittelstandspolitische Erfolge herstellen. Die Niedersachsenwahl hat gezeigt, welche Fehler durch strategisches Wählen entstehen können. Der Mittelstand hat keine Stimmen zu verschenken!"

Beim anschließenden Flying-Buffet und der musikalischen Umrahmung durch den Truderinger Musikverein konnten die Gäste in der angenehmen Atmosphäre des Münchner Künstlerhauses weitere Gedanken und Meinungen zum politischen Jahr 2013 austauschen.



Der stellvertretende Landesvorsitzende Bernhard Kösslinger mit Gattin und Kollegen aus Oberbayern

MIT-Europakommission für Drei-Prozent-Hürde

Die Kommission Europapolitik unter dem Vorsitz des MIT-Bundesvorsitzenden Dr. Josef Schlarmann und Dr. Markus Pieper, MdEP, forderte auf ihrer letzten Sitzung die Einführung einer Drei-Prozent-Hürde bis zur Europawahl im Jahr 2014. Der deutsche Einfluss im Europaparlament könnte schwinden, wenn Radikale und Splitterparteien ins Parlament einziehen. Das würde der europäischen Mehrheitsbildung ebenso schaden wie

dem Ansehen Deutschlands. Durch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts wurde die Fünf-Prozent-Hürde bei den Europawahlen aus grundsätzlichen Erwägungen gekippt. Die Verfassungsrichter sahen in der Sperrklausel einen Verstoß gegen die Chancen-Wahlrechtsgleichheit der Parteien. Sollte es bei der jetzigen Regelung bleiben, reicht schon ein Stimmenanteil von einem Prozent, um einen Sitz im EU-Parlament zu erhalten.



Diskussion über die Energiewende im europäischen Kontext (v.l.n.r.): Markus Pieper, Hermann Hüwels (DIHT) und Josef Schlarmann

Niedersachsenwahl war Warnschuss

Beim Neujahrsempfang der MIT Ahrweiler im Weingut "Kloster Marienthal" begrüßte der MIT-Kreisvorsitzende Elmar Lersch unter den 50 Gästen auch Gereon Haumann, Präsident der DEHOGA Rheinland-Pfalz und MIT-Landesvorsitzender. Gastredner war der ehemalige Bundestagsabgeordnete und frühere Mitarbeiter von Helmut Kohl, Stephan Eisel. Der promovierte Journalist rief dazu auf, dass die CDU wieder eine klarere Sprache sprechen und ein unverwechselbares Profil zu anderen Parteien zeigen sollte. "Wir sollten dem Volk aufs Maul schauen, ihm aber nicht nach dem Mund reden," so Eisel. Die verlorene Wahl in Niedersachsen sei ein Warnschuss gegen die Überheblichkeit einiger in der CDU gewesen, welche die Bundestagswahl wegen der sehr guten Popularitätswerte der Kanzlerin schon jetzt als gewonnen betrachten.

Familienunternehmer und MIT im Gespräch



In Berlin trafen sich kürzlich Die Familienunternehmer – ASU und die MIT. Gemeinsam diskutierten der Hauptgeschäftsführer der Familienunternehmer, Albrecht von der Hagen (2. v. l.) und der Leiter für Energiepolitik, Henry Borrmann (links) mit dem MIT-Hauptgeschäftsführer Hans-Dieter Lehnen (3. v. l.) und der MIT-Geschäftsführerin Astrid Jantz (rechts) über Schnittstellen der Verbände. Insbesondere beim Thema Vermögensteuer war man sich einig, dass eine Wiedereinführung dieser seit 1997 ausgesetzten Substanzsteuer erhebliche negative Auswirkungen für die Unternehmen und Mitarbeiter hätte.

Neujahrsempfang der MIT Saar

Gemeinsam mit der MIT Wendel veranstaltete MIT-Landesverband Saarland seinen Neujahrsempfang in der Schreinerei Manfred Johann in Theley. Als Gastredner konnte der



MIT-Landesvorsitzende Bernd Wegner, MdL, den CDU-Fraktionsvorsitzenden im saarländischen Landtag, Klaus Meiser begrüßen. Weitere Gäste waren Landtagspräsident Hans Ley, die Bundestagsabgeordnete Nadine Schön und der rheinland-pfälzische Landtagsabgeordnete Markus Klein. Bernd Wegner verwies in seiner Begrüßungsrede auf die positive Entwicklung der MIT-Saar im letzten Jahr. Als Ziele für dieses Jahr nannte er die Pflege des engen Dialogs mit den Wirtschaftsverbänden.

saarländische Fraktionsvorsitzende Klaus Meier begrüßte die Gäste der MIT Saarland beim Neujahrsempfang

Zukunftstechnologien im Blickpunkt



Die Referenten und Podiumsteilnehmer des Abends (v.l.n.r.): Prof. Dr. Hilmar Fuchs, Dr. Steffen Tobisch, Dr. Heike Illing-Günther und Dr. Ralf Herzog

außeruniversitären wirtschaftsnahen Industrieforschungseinrichtungen haben eine große Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Sachsen. Im "11. Dresdner Wirtschaftsforum", zu dem die MIT-Dresden gemeinsam mit dem Verband Innovativer Unternehmen e.V. eingeladen hatte, sollten Ergebnisse der sächsischen Industrieforschung gestellt werden. Der Einladung zu diesem sehr speziellen Thema waren mehr als 40 Gäste in das Institut für Holztechnologie gGmbH gefolgt. In seiner Begrüßung sagte der MIT-Kreisvorsitzende

Patrick Schreiber, MdL: "Die Aufgabe der nächsten Jahre muss es weiterhin sein, genügend Geld in das Ausbildungssystem zu investieren. Nur so wird es gelingen, den Nachwuchs auch für technologische Berufsfelder zu begeistern." Und so diente dieses Fachforum auch dazu, einen Blick auf die Breite des Forschungsspektrums im Freistaat zu werfen. In der sich anschließenden Podiumsdiskussion forderte Prof. Dr. Hilmar Fuchs, dass das Ziel aller Forschungen sein muss, dass die Ergebnisse aus Sachsen auch in Sachsen angewendet werden.

MIT-Jahresauftakt im Städtischen Klinikum

Das Städtische Klinikum, seine Entwicklung, seine Angebote für die Bürger der Region und seine Vorhaben für die nächste Zukunft – das waren die Themen, mit denen sich die MIT Wolfenbüttel im Rahmen ihrer ersten Veranstaltung in 2013

befasste. Rund 70 Mitglieder konnte der MIT-Vorsitzende Holger Bormann dazu begrüßen. Bei einem Rundgang konnten sich die Gäste ein eigenes Bild von dem bereits 1892 gegründeten Klinikum machen.

Wohnungsmarkt nicht überreglementieren

Die MIT Berlin Pankow spricht sich gegen eine Neuauflage der Zweckentfremdungsverbotsverordnung aus. "Der aktuell in der Diskussion befindliche Gesetzentwurf für eine erneute Verordnung stellt kein probates Mittel zur Lösung des Nachfrageüberschusses am Wohnungsmarkt dar. Denn hiermit kann weder dem steigenden Mangel an bezahlbarem Wohnraum abgeholfen, noch eine an den lokalen Bedarfen orientierte Entwicklung der Immobilien ermöglicht werden", machte Johannes Kraft, MIT-Vorsitzender in Berlin Pankow, deutlich. Nach seiner Auffassung lassen sich Angebot und Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt weder durch Verordnungen und Verbote, noch durch rein öffentlichen Wohnungsbau in ein Gleichgewicht bringen.

Neujahrsempfang der MIT Gräfenhainichen



Den diesjährigen Neujahrsempfang der MIT Gräfenhainichen besuchten zahlreiche Vertreter aus Wirtschaft, Politik und Verwaltung. Als Gastredner konnte der MIT-Vorsitzende Harald Kremer Ministerpräsident a.D. Prof. Wolfgang Böhmer und die Wissenschafts- und Wirtschaftsministerin Prof. Birgitta Wolff begrüßen. Prof. Böhmer sprach über die Notwendigkeit des politischen und ehrenamtlichen Engagements in der Gesellschaft. Prof. Wolff hinterlegte mit Zahlen und Fakten die Entwicklung des Landes Sachsen-Anhalt. Nach dem Empfang luden die Mittelständler zum reichhaltigen Buffet im Schacht Barbara ein.

NAMEN SIND NACHRICHTEN

MIT Osthessen

Die Mitgliederversammlung der MIT Osthessen hat Marco Reuter zum neuen Bezirksvorsitzenden gewählt. Reuter stammt aus einer Handwerkerfamilie im Taunus.



Der Wirtschafts- und Sozialexperte arbeitet als Büroleiter des hessischen CDU-Europaabgeordneten Thomas Mann in Brüssel.

Mit Schwung und Dynamik ins neue Amt: Marco Reuter übernimmt die Führung der MIT Osthessen

MIT Eisenach-Wartburgkreis

Der Kreisverband der MIT Eisenach-Wartburgkreis hat turnusgemäß seinen neuen Vorstand gewählt. Zum Vorsitzenden wurde Andree Heinemann einstimmig wieder gewählt. Als seine Stellvertreter erhielten Maik Lotz und Mathias Hasecke die Zustimmung. Weitere Vorstandsmitglieder sind Hardy Herbert (Schatzmeister), Lutz Gröger (Schriftführer/ Pressesprecher) und die Beisitzer Winfried Möller sowie Helge Schubert.



MIT Limburg/ Weilburg

Im Rahmen einer Veranstaltung der MIT Limburg/Weilburg in Niederselters rief Marie-Luise Dött, MdB (Foto Mitte) und Bundesvorstandsmitglied der MIT zu mehr politischem Engagement auf. Viele Mittelständler sagten, dass sie keine Zeit für Politik hätten, berichtete Dött. Wer unzufrieden ist, muss mitmachen. Auch der MIT-Kreisvorsitzende Willi Hamm (Foto rechts) und der stellv. MIT-Kreisvorsitzende Franz Schmitt (Foto links) unterstrichen, dass sich Mittelständler in das politische Geschehen einbringen und sich noch stärker engagieren müssen, um für ihre Interessen zu kämpfen.

PKM Europe

19 Europa-Abgeordnete der CDU/CSU haben auf europäischer Ebene einen parlamentarischen Kreis für Belange des Mittelstands (PKM) gegründet. "Unser Einsatz gilt einer starken Währung und fairen Wettbewerbsbedingungen für kleine und mittlere Unternehmen", so die Sprecher des "PKM Europe" Dr. Markus Pieper, MdEP (CDU) und Markus Ferber, MdEP (CSU). Themen wie Basel 3, Berufsqualifikationen, Meisterbrief oder DIN-Normen erforderten zudem eine spezielle "deutsche Diskussion". Anstehende EU-Gesetzgebung wird der PKM deshalb im frühen Dialog mit der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU und mit dem Berliner PKM der CDU/CSU im Bundestag diskutieren.

MIT für Steuervereinfachung

Eine Gruppe junger Bundestagsabgeordneter, darunter MIT-Bundesvorstandsmitglied Dr. Carsten Linnemann MdB, riefen kürzlich dazu auf, einen neuen Anlauf für die Steuerreform auf dem Bierdeckel zu starten. Auch die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung von CDU/CSU unterstützt den Vorstoß. Der MIT-Bundesvorsitzende Dr. Josef Schlarmann sagte: "Die Initiative der jungen Bundestagsabgeordneten ist ausdrücklich zu begrüßen. Wir dürfen beim Thema Steuervereinfachung nicht nachlassen. Wir brauchen in unserem Land eine Reformdebatte, insbesondere mit Blick auf das Steuersystem. Die Politik, unabhängig von den Mehrheitsverhältnissen im Bundestag und Bundesrat, muss für mehr Klarheit und Transparenz im Steuersystem sorgen."



Josef Schlarmann (links) und Carsten Linnemann, MdB, (rechts) sind sich einig: Der Steuerzahler muss wieder in die Lage versetzt werden, seine eigene Steuererklärung ausfüllen und verstehen zu können

Liebe MIT-Streiter,

was habe ich wegen meines flapsigen Spruchs über den geplanten Willy Brandt Großflughafen "Berlin, Berlin wir fahren nach Berlin …" anhören müssen? Ok, manche Berliner verstehen wirklich keinen Spaß mehr! Nun kann ich mir die zweite Großbaustelle in Deutschland vornehmen Stuttgart 21. Ein Teil des Bahnhofs ist schon abgerissen, jetzt weiß man nicht, ob man weiterbauen soll oder sogar darf?

Die Elbphilharmonie in Hamburg sollte schon längst fertig sein, aber noch schneller als die Zeit liefen und laufen die die Kosten davon – kein Land in Sicht!?

Im Ausland lacht man inzwischen über uns – "die Deutschen können es nicht mehr"!

Was ist aus "Made in Germany" geworden? Ein schlimmer Imageschaden für das Industrie- und Exportland Deutschland. Aber die da draußen wissen ja glücklicherweise nicht, dass wir unter einer überbordenden Bürokratie Reglementierung leiden und Bürgerinitiativen und Bedenkenträger hier mehr Rechte haben als Investoren und Bürger, die einen neuen Bahnhof oder Flughafen wollen. Jeder Feldhamster und jede noch so seltene Grille, auch wenn sie auf dem potenziellen Bauplatz noch nie gesichtet wurden, genießen in Deutschland mehr Schutz als Unternehmer und Menschen,

die sich in demokratischen Abstimmungen und Befragungen für solche Großprojekte mehrheitlich ausgesprochen haben. Wie soll das erst werden, wenn Rot-Grün im Bundestag mal wieder die Mehrheit erhalten sollte?

Was gibt es Neues aus unserer MIT? Ende des Monats Februar vergaben wir zum ersten Mal den Unternehmerpreis – hier hatte eine engagierte Jury unter dem Vorsitz von Hartmut Schauerte drei Unternehmerpersönlichkeiten ausgezeichnet. Wir werden in der nächsten Ausgabe ausführlich darüber berichten. Und was macht die MIT im Bundestagswahlkampf? Hier sind wir in der Endphase der Vorüberlegungen. Wir werden als Bundesvereinigung von CDU/CSU die der MIT/MU angehörenden Bundestagskandidaten durch den Bundestagswahlkampf begleiten und hier unterstützend tätig werden. Die Maßnahmen der MIT sollen die der CDU und CSU ergänzen, den Kern der MIT verstärken und den jeweiligen Kandidaten das Gefühl vermitteln. von seiner MIT durch den Wahlkampf begleitet zu werden!

Zum Thema Europa gibt es endlich mal etwas Positives zu berichten: Zwei engagierte Mitglieder des Europäischen Parlaments – und der MIT/MU – Markus Ferber und Markus Pieper haben auf Anregung des MIT-Bundesvorstandes einen "Parlamentskreis Mittelstand Europa" gegründet. Mittlerweile engagieren sich dort 19 deutsche Europaabgeordnete. Ich finde es toll, dass dies nun jetzt gelungen ist!

baustelle@mittelstand-deutschland.de



Hier schreibt MIT-Hauptgeschäftsführer Hans-Dieter Lehnen

IMPRESSUM Mittelstands Magazin

Herausgeber

Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU, vertreten durch den Bundesvorsitzenden Dr. Josef Schlarmann und den Hauptgeschäftsführer Hans-Dieter Lehnen, Charitéstraße 5, 10117 Berlin

Verlag

GK MittelstandsMagazin Verlag GmbH Geschäftsführer Günter F. Kohl Gärtnerkoppel 3 24259 Westensee Telefax: 04305 / 992 993 E-Mail: info@mitmagazin.com www.mitmagazin.com

Chefredakteur

Günter F. Kohl (G.K.) E-Mail: gk@mitmagazin.com

MIT-Inside

Astrid Jantz (aj)
Telefon: 0 30/22 07 98-16, Telefax: 22 07 98-22
E-Mail: jantz@mittelstand-deutschland.de

Redaktion Recht

Wolf-Dietrich Bartsch, Rechtsanwalt und Notar rechtsfragen@mitmagazin.com

Titelfoto

Stephanie Hofschlaeger/ pixelio.de

nzeigen

GK MittelstandsMagazin Verlag GmbH Gärtnerkoppel 3, 24259 Westensee Brigitte Kohl Telefon: 04305/992 992, Fax 04305/992 993 E-Mail: anzeigen@mitmagazin.com

Anzeigenverkauf

Nielsen I, II, VI , VII Verlagsvertretung Getz Telefon: 02205 /8 61 79, Fax 02205 /8 56 09

Nielsen III a, III b, IV, V KDH Medienservice Karin Dommermuth-Hoffmann Tel. 0261/394 953 36, Fax 0261/394 953 37

Satz und Layout

Walter Katofsky, Kiel Telefon: 0431/542244, Telefax: 0431/2603566 E-Mail: wk@mitmagazin.com

ruck

CW Niemeyer Druck GmbH Böcklerstraße 13, 31789 Hameln

Bezugsbedingungen

MIT MittelstandsMagazin erscheint zehnmal jährlich.

Die Kündigung des Abonnements ist jeweils mit einer Frist von sechs Wochen zum Jahresende möglich. Für Mitglieder der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU ist der Bezug des MIT-Magazins im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht

Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Schadensersatz.

ISSN 0932-3325

Copyright für den gesamten Inhalt: GK Mittelstands Magazin Verlag GmbH, Nachdrucke und Internet-Links nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Verstöße dagegen sind Urheberrechtsverletzungen und lösen Schadenersatzforderungen aus.





Kann nicht jeder: Professional Class – Volkswagen für Selbstständige.

* Und für die, die es werden wollen.



Das Programm für Selbstständige Unsere Mobilitätsmodule für Ihre Bedürfnisse: z.B. Wartung & Verschleiß-Aktion • KaskoSchutz • HaftpflichtSchutz

• ReifenClever-Paket • Europa Tank & Service Karte Bonus

Mit Professional Class liegen Selbstständige, Freiberufler und Kleinunternehmer immer goldrichtig. Denn hier steckt genau so viel Mobilität drin, wie Sie brauchen: Top-Leasingangebot, günstiger Kasko- und HaftpflichtSchutz, attraktive Prämie und starke Service-Module mit enormen Preisvorteilen! Setzen auch Sie auf Kostentransparenz und Planbarkeit - mit Professional Class: ein starkes Paket für Ihre Mobilität.

Jetzt einsteigen und profitieren: www.volkswagen.de/selbststaendige

Kraftstoffverbrauch des Polo in 1/100 km: kombiniert 7,6–3,3, CO₂-Emissionen in g/km: kombiniert 139–87.





Wir helfen Ihnen, aus der Vielzahl an Alternativen die optimale Geldanlage mit dem für Sie richtigen Mix aus Sicherheit, Rendite und Verfügbarkeit zu finden. Als einer der größten eigenständigen Finanzvertriebe mit mehr als 35 Jahren Erfahrung in Vermögensaufbau und -absicherung beraten wir unsere Kunden ganzheitlich und nachhaltig. Fast 6 Millionen Kunden vertrauen auf die Beratung unserer mehr als 37.000 Vermögenberater.



Informieren Sie sich bei unserer kostenlosen Kundenhotline unter: **0800 3824000** oder finden Sie Ihren persönlichen Vermögensberater unter: **www.dvag.de**